

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Sie wollen uns herrlichen Zeiten entgegenführen

P. H. Hitlers Siege wirken sich aus. Mit den gemeinsten Lügen und Verleumdungen hat der Nationalsozialismus einen Sieg über Vernunft und Wahrheit errungen. Notleidende Menschen handeln selten vernunftgemäß, darum brachte die schreckliche Not, die eine Folge des Weltkrieges und seiner politischen und wirtschaftlichen Nachwirkungen ist, dem schmierigsten Volksbetrug aller Zeiten, dem Faschismus Hitlerscher Prägung, einen unbestreitbaren Erfolg. Rasend schnell enthüllt sich jetzt der Volksbetrug Hitlers.

Durch die nationalsozialistischen Wahlsiege hat die Reaktion Mut bekommen. Großagrarien und Schwerindustrie, die bekanntlich den Nazischwindel finanzieren, wollen nicht warten, bis Hitler den vollständigen Sieg errungen hat, sondern stellen schon jetzt ihre Forderungen. Sie fürchten, daß eines Tages den Arbeitermassen das unsaubere Geschäft zum Bewußtsein kommt und es dann mit dem Massenwahn zu Ende sei. Nachdem im Reich das Kabinett Brüning hinterhältig gestürzt, erstand die von den Nationalsozialisten gestützte Adelsregierung Papen. Dieses Monokelkabinett begann sein Wirken mit einer Kriegserklärung an das arbeitende deutsche Volk. Es war die Verkündung des Klassenkampfes von oben, gestützt auf die brutalen Schlägergestalten Hitlers. Hochmütig sprach die Regierung von einer moralischen Zermürbung des deutschen Volkes. Mit der moralischen Zermürbung meinte sie nicht die verbrecherische Zerstörung der deutschen Volkswirtschaft, die von der langen Reihe der kapitalistischen Lahusen, Kreuger, Favag, Devaheim usw. verübt wurde, sondern zeigte nicht mißzuverstehend auf die graue Armee der Arbeitslosen, die schon jahrelang ihr bitteres, opferreiches Schicksal tragen, ohne in Aufruhr und Anarchie zu verfallen. Das von Hitler gestützte Kabinett hetzte gegen den Wohlfahrtsstaat, meinte aber wiederum nicht jene, die Millionenwerte vom Staate bezogen, um ihre verkrachten Banken und Unternehmen wieder auf die Beine zu stellen; auch nicht die Großagrarien, die nach Staatshilfe schrien und die erhaltenen Mittel leichtfertig nach Junkerart verschleuderten, sondern deutete auf die unzulängliche Unterstützung, die der Staat den Opfern der Krise gewährte, um sie vor dem Hungertode zu schützen. Die Regierungserklärung an das deutsche Volk war unehrlich und unwahr, aber sie war nach dem Geschmack der Nazis. Sie begrüßten die Regierung und bekundeten den Willen, ihre Handlungen zu decken.

Inzwischen hat die Regierung ihren Worten Taten folgen lassen. Sie löste den Reichstag auf, trat die Verfassung mit Füßen, erfüllte damit eine der wichtigsten Forderungen der Nazis und hob das Verbot der Hitlerischen Privatarmee auf. Dafür deckt nun Hitler die arbeiterschädigenden Taten des Kabinetts der Grafen, Barone und des Adels. Hierfür ist die am 14. Juni erlassene Fünfte Notverordnung der schlagende Beweis. An Arbeiterfeindlichkeit übertrifft sie die schlimmsten Befürchtungen. Unverbüllt kommt zum Ausdruck, daß die Massen des Volkes, die nichts als ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, für die es heute so herzlich wenig gibt, die Lasten zu tragen haben und auf der anderen Seite der Besitz vollständig geschont wird. Die Notverordnung bringt eine schwere Kürzung der Renten und Pensionen; eine schwerwiegende Herabsetzung der Bezüge der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung. Ferner werden neue Steuern ausgeschrieben.

Bei den Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherungen werden die alten Renten um 6 Mark bei den Invaliden, um 5 Mark bei den Witwen und 4 Mark bei den Waisen im Monat gekürzt. Bei neuen Renten wird der Grundbetrag um 7 Mark und der Kinderzuschuß um 2,50 Mark erniedrigt. Die Unfallrenten, die in der Zeit von 1927 bis 1931 zugebilligt wurden, werden um 15 vH, die übrigen Renten um 7,5 vH vermindert. Zu diesen Schröpfungen gibt es noch allerlei Erschwernisse, die dem Arbeiter den Kampf um eine auskömmliche Rente erschweren sollen. Schwer sind auch die Opfer, die den Kriegsbeschädigten zugemutet werden. Die Renten der Kriegsbeschädigten bis zu 50 Prozent werden um 20 vH gekürzt. Dazu kommen noch allerlei andere schwerwiegende Verschlechterungen. Das also ist der Dank des Vaterlandes nach den Plänen Hitlers und seiner monarchistischen Stützen.

Die Eingriffe in die Arbeitslosenversicherung sind ungeheuerlich. Die Unterstützungsleistungen werden durchschnittlich um 23 vH gekürzt. Dazu tritt schon nach sechs Wochen die Hilfsbedürftigkeitsprüfung ein. Mit dieser Niederträchtigkeit will die Regierung 180 Millionen sparen. Durch diese Maßnahmen wird das Versicherungsprinzip der Arbeitslosenversicherung voll-

ständig zerstört. Dem Arbeiter bleibt heute nur noch übrig, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu entrichten. Nachdem von Staats wegen die Versicherung willkürlich aufgelöst ist, müssen wir verlangen, daß auch die Zahlung der Versicherungsbeiträge aufgehoben wird. Bei der Krisenunterstützung wird die Hilfsbedürftigkeitsprüfung unbeschränkt eingeführt. Dazu werden die Leistungen um 10 vH gekürzt und die um 15 vH gesenkten Wohlfahrtssätze werden in der Krisenversicherung als Höchstsätze eingeführt. Auch die Wohlfahrtsunterstützungsleistungen werden um 15 vH vermindert.

Das Reich hat seine Zuschüsse für die Arbeitslosen beschränkt, braucht aber neue Steuern, um seinen Etat auszugleichen. Vierhundert Millionen Mark sind erforderlich, und die werden nach der Notverordnung rücksichtslos auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten abgewälzt. Das Adelskabinett nennt das die „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“. Die Belastung ist einseitig und drückend; sie wird von dem Bruttoarbeitsentgelt der Lohn- und Gehaltsempfänger erhoben. Dieser Steuer unterliegen alle Lohn- und Gehaltsempfänger, alle Personen deutscher

Staatsangehörigkeit, die Ruhegelder oder ähnliche Bezüge haben, Beamte, auch Beamte des öffentlichen Rechts, selbst wenn sie in Deutschland nicht ihren Wohnsitz haben. Die Steuer beträgt bei einem Arbeitsentgelt bis zu 125 Mark monatlich 1 1/2 vH. Die Steuer steigt bei zunehmendem Gehalt und erreicht bei Einkommen über 3000 Mark den Monat 6,5 vH. Darüber gibt es aber nun verschiedene verlausulierte Einschränkungen, die darauf hinauslaufen, daß die hohen Einkommen geschont werden. Die Erhebung einer zweiten Rate im Januar 1933 der Krisensteuerveranlagung bringt den großen Einkommen über 16000 Mark einen sehr fühlbaren Steuererlaß, während der Arbeiter heute ohne jegliche Freigrenze zur Steuer herangezogen wird. Die Umsatzsteuer, eine der gefährlichsten Massensteuern, die auf die Verbraucher mehrmals abgewälzt werden kann, wird erneut herangezogen. Bisher blieben die kleinen Umsätze unter 5000 Mark umsatzsteuerfrei. Das brachte eine wesentliche Milderung für die kleinen Leute. Das beseitigt nun die Notverordnung der Deutschnationalen und der Nazis. Die Belastung durch diese Umsatzsteuer beträgt im Jahr 150 Millionen Mark, eine Summe, die von den Ärmsten der Armen aufgebracht werden muß. Die Steuerkunst des Dritten Reiches offenbart sich in der notverordneten Salzsteuer. Hier bringt man es fertig, den ungeheuer-

Nieder mit der sozialen und kulturellen Reaktion Kampf den Papenheimern und ihren faschistischen Hilfstruppen

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nahm in seiner am 14. Juni in Berlin abgehaltenen Bundesausschusssitzung Stellung zu den unerhörten Angriffen der Reichsregierung auf die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung und die kulturellen Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung. Folgende Willenskundgebung wurde einstimmig angenommen:

Die programmatische Erklärung der neuen Reichsregierung ist

eine offene Kampfansage

an die gesamte deutsche Arbeiterschaft.

Man muß weit zurückgehen in der deutschen Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, um auf Reaktionsäußerungen zu stoßen, die einen ähnlich reaktionären Geist verraten. Sie erinnert in ihrer Sprache und in ihrer Tendenz an die Zeiten des Kulturkampfes und des Sozialistengesetzes.

Das neue Kabinett wird bezeichnet als eine Regierung der „nationalen Konzentration“. Tatsächlich vertritt die neue Regierung die Gruppen des Volkes, die bewußt gegen eine Konzentration „aller aufbauenden und staats-erhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte“ in Deutschland gerichtet sind. Der Schutz und die Fortentwicklung der Weimarer Verfassung, die das Volk souverän erklärte, ist einer Regierung anvertraut, deren Verfassungsminister sich offen zur Monarchie als der besten Staatsform bekennen.

Dieser Einstellung entspricht der Geist ihres Programms. Es ist

der Geist des bewußten Klassenkampfes von oben.

Der angeblich „gemeinschaftsfeindliche“ Klassenkampf, der der deutschen Arbeiterbewegung zum Vorwurf gemacht wird, ist nichts anderes als der gesellschaftliche Zustand während der Herrschaft des kapitalistischen Systems, das die Nation in soziale Klassen spaltet. Das Ziel der Arbeiterbewegung ist die Überwindung dieses Systems, die Beseitigung der Klassenscheidung und der Klassenkämpfe. Die Arbeiterbewegung war und ist eine der großen schöpferischen Energien der modernen deutschen Geschichte. Ihr Ziel war und ist, die deutsche Arbeiterschaft aus einer geknechteten Klasse zu einer „nationalen Klasse“ zu machen, zu einem gleichberechtigten Faktor im Leben der Nation. Ihr Ziel ist eine soziale Lebensordnung unseres Volkes, in der die Verfassung der Wirtschaft wie des Staates vom demokratischen Geist bestimmt und die Rechte der Gesamtheit ebenso gewahrt sind wie die Rechte des einzelnen. Der Kampf der Arbeiterbewegung ist kein Hemmnis, sondern die Voraussetzung für den organischen Aufbau eines sozialen deutschen Volksstaates, eines neuen Deutschlands.

Für dieses Deutschland hat die deutsche Arbeiterschaft im Kriege ihr Leben eingesetzt. Sie hat die Männer gestellt, die nach dem Zusammenbruch in vorderster Linie den Kampf um die Einheit unseres Staates und die Freiheit unseres Volkes führten. Sie hat im Ruhrkampf fremder Willkür Halt geboten. Sie war abseits aller nationalen Phrasen die stärkste Stütze des deutschen Staates in allen Gefahren der Nachkriegszeit.

Es gibt keine nationale Konzentration ohne die deutsche Arbeiterschaft.

Die jetzige Regierung steht zu dem neuen Deutschland, zu dem Gedanken des sozialen Volksstaates in schärfstem Gegensatz. Sie verneint seine Grundlagen, die in der sozialen Gesetzgebung der Nachkriegszeit geschaffen worden sind. Jede Ministerrede beweist von

neuem, daß die Regierung entschlossen ist, das deutsche Arbeits- und Sozialrecht zu beseitigen, das in der Weimarer Verfassung begründet ist. Sie wird sich an die Buchstaben der Verfassung halten, um ihren Geist desto gründlicher auszutreiben.

Das ist der Sinn ihres angekündigten Kampfes gegen den „Staatssozialismus“, gegen den Staat als „Wohlfahrtsanstalt“. Indem sie diese Phrasen der nationalsozialistischen und deutschnationalen Agitation übernimmt, macht sich die Regierung zum Wortführer der erklärten Feinde der Verfassung. Diesen arbeiterfeindlichen Parteien zuliebe, denen sie den Ehrennamen „nationale Bewegung“ gibt, hat sie den Reichstag aufgelöst. Sie „schützt“ die Verfassung, indem sie ihren Feinden Vorschub leistet.

Angesichts der ungeheuren Opfer, die die Arbeiterschaft in den letzten Jahren mit einer in der ganzen Welt bewunderten Disziplin auf sich genommen hat, spricht die Regierung von „moralischer Zermürbung des deutschen Volkes“. Sie will den sogenannten „Staatssozialismus“ und die sozialen Leistungen an die Arbeitslosen, die Arbeitsinvaliden und Kranken für diese „Schwächung der moralischen Kräfte der Nation“ verantwortlich machen. Diese Sprache führt eine Regierung, die sich auf die Kreise der Großindustriellen, der Großagrarien und der pensionierten Offiziere und Generale stützt, von denen die einen Milliarden an Subventionen geschluckt haben, während die Mehrzahl der anderen im gesicherten Besitz ihrer Pensionen alle ihre Kräfte gegen die Verwirklichung des Volksstaates einsetzen.

Das zeigt, in welchem Sinne diese Reichsregierung „den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen der werktätigen Bevölkerung“ zu führen gedenkt.

Weiteren Lohnabbau für die noch in Arbeit Stehenden, weitere Kürzung der Renten für die Arbeitslosen und die Sozialrentner, Vernichtung des kollektiven Arbeitsrechts,

mit einem Wort: soziale Entrechtung der Arbeiterschaft und rücksichtslose Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, gleichzeitig aber Schonung und Schutz der Besitzenden, insbesondere der Großagrarien — das ist der Sinn des neuen Kurses, der „grundsätzlich neuen Richtung der Staatsführung“!

Die Regierung beruft sich auf „die unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung“, die sie zur Grundlage ihres neuen Deutschland machen will. Die „christliche Weltanschauung“ dieser Regierung läßt sich auf die einfache Formel bringen: „Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat!“ Die geistige Freiheit soll auf allen kulturellen Gebieten des öffentlichen Lebens in Knechtseligkeit und Muckertum erstickt werden. Die Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation soll durch die Anpassung des kulturellen Lebens an die geistige Armut der Kreise, auf die die Regierung sich stützt, bekräftigt und besiegelt werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Gegen diesen Generalangriff der sozialen und kulturellen Reaktion, gegen diese Regierung, die den Geist der Vergangenheit zu neuem Leben erwecken will, gegen die Fanatiker des Rückschritts gilt es, alle Kräfte der Arbeiterschaft zu einmütigem Widerstand zusammenzufassen. Der frevelhafte Versuch, das Rad der Geschichte um ein halbes Jahrhundert zurückzudrehen, muß scheitern an der vereinten Kraft eures unbesiegbaren Willens.

Eure Losung muß sein:
Durch Einigkeit und Disziplin zur Freiheit!

Aus dem Inhalt

Sie wollen uns herrlichen Zeiten entgegenführen — Nieder mit der sozialen und kulturellen Reaktion	151
Steht gerüstet — Seid bereit — Anträge zum Verbandstag	152
Stahlbad Anno 17 — Ja, früher	153
Die Erwerbslosen-Unterstützung des DMV — Filmvorstellungen für Arbeitslose — Folgt unserem Beispiel — Vom Vorstand — Schriftenschau	154
Sitzung des Erweiterten Beirats	155

Anträge zum Verbandstag in Dortmund

(Schluß der Anträge)

§ 10 Abs 3

Bautzen. Ganzen Absatz streichen.

§ 10 Abs. 4

Berlin. Erhält folgende Fassung: Als Tag des Beginns der Erwerbslosigkeit gilt der Tag der Meldung, sofern das Mitglied die in Abs. 1 vorgeschriebene Wartezeit von 52 Wochen vollendet hat. Im Falle der Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit wird für die erste Woche (Wartezeit 7 Tage) und bei Aussetzern oder Kurzarbeitern für die ersten beiden Wochen (Wartezeit 14 Tage) keine Erwerbslosenunterstützung bezahlt. Die Wartezeit wird vom Meldetag an berechnet. Erwerbslose Mitglieder, die bereits vor der 52 Beitragswoche längere Zeit erwerbslos waren, haben Anspruch auf Unterstützung mit Beginn der 53. Woche. Die vorhergehende Erwerbslosigkeit wird in solchen Fällen als sieben-tägige bzw. vierzehntägige Wartezeit aufgerechnet. Voraussetzung ist, daß die Beiträge für 52 Wochen geleistet sind.

Delmenhorst. Abändern wie folgt: Für alle arbeitslos werdenden Mitglieder fällt eine sieben-tägige Karenzzeit weg, um den Übergang bis zum Erhalt der Erwerbslosenunterstützung vom Amt zu überbrücken.

§ 10 Abs. 18

Duisburg. In der 3. Zeile hinter „werden“ fortfahren: „wenn die normale Arbeitszeit um mindestens 8 Arbeitstage im Monat verkürzt ist und nicht Geschäftsinventuren zu Ursache hat“.

Eisleben-Hettstedt. Nach „gewährt werden“ anstatt dem bisherigen Text zu setzen: „wenn der Arbeitsverlust im Monat mehr als 4 Tage beträgt und nicht Geschäftsinventuren als Ursache hat. Als Wartezeit gilt die unter Abs 4 festgesetzte.“ Der letzte Satz bleibt. Der Abs. 5 ist sinngemäß zu ändern.

§ 10 neuer Absatz 19

Wende, Hammerau. Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit wird nur dann bezahlt, wenn die Mitglieder in der staatlichen Arbeitslosenversicherung oder Krisenfürsorge aus-gesteuert sind.

§ 12 Abs. 2

Regensburg. Anfügen: Es genügt auch der Nachweis der Pensionierung von solchen Werken mit Pensionskasse, wenn die vorgeschriebenen 66 2/3 vH Arbeitsunfähigkeit der Invaliden-versicherung nicht erreicht sind.

Rostock. § 12 Abs. 2 anfügen: Ein Mitglied, das das 60. Lebens-jahr erreicht hat und nach den Übergangsbestimmungen unter-stützungsberechtigt wäre, hat auch dann Anspruch auf In-validenunterstützung, wenn eine Bescheinigung über eine volle Erwerbsunfähigkeit nicht vorgelegt werden kann.

§ 12 Abs. 5

Rostock. Letzten Satz streichen und dafür setzen: Ebenso haben Mitglieder Anspruch auf Invalidenunterstützung, die eine Bescheinigung der in Absatz 2 benannten Versicherungen vor-legen, wenn hierauf auch nur zum Teil eine Erwerbsunfähigkeit bescheinigt ist und sie nachweisen können, daß sie durch ihre Teilinvalidität keine Arbeitsmöglichkeit mehr finden.

§ 12 Abs. 6

Kiel. Absatz 6 erhält folgenden Zusatz: In Fällen, in denen die Invalidisierung durch die Landesversicherungsanstalt ab-gelehnt wird, kann zum Zwecke der Invalidisierung durch den Verband eine ärztliche Untersuchung durch einen vom Vor-stand zu bestimmenden Vertrauensarzt beantragt werden. Die Kosten einer solchen Untersuchung trägt der Antragsteller.

§ 13 Abs. 4

Vorstand. Anfügen: Der Anspruch auf Sterbegeld erlischt nach 13 Wochen, gerechnet vom Todestag dessen, für den Sterbegeld beansprucht werden kann.

§ 13 neuer Absatz 4

Readsburg. Bei Mitgliedern, die in verschiedenen Beitrags-lassen Beiträge entrichtet haben, und bei Mitgliedern, die als Lehrlinge dem Verband beigetreten sind, erfolgt die Errechnung des Sterbegeldes nach Umrechnung der Beiträge gemäß § 10 Ziffer 2 des Statuts.

Die bisherige Ziffer 4 wird Ziffer 5.

§ 14

Rostock. § 14 Absatz 1 ist, wie nachstehend, zu ergänzen: Mitglieder, die vorübergehend den Beitrag der 3b-Sonderklasse zu 40 Pf. (36/4) resp. 10 Pf. (5/5) entrichten, haben ebenfalls Anspruch auf Notlagenunterstützung, wenn glaubhaft nach-gewiesen wird, daß die Notlage im Verhältnis zu anderen Mit-gliedern eine außerordentlich große ist.

§ 15

Schäde, Berlin. Im § 15 Abs. 1 ist hinter dem Wort „Ver-bandsstätigkeit“ einzuschalten „oder Arbeitsruhe am 1. Mai“. Die Bestimmungen unter den Buchstaben b und c sind zu streichen.

§ 16

Schäde, Berlin. Hinter Absatz 1 wird folgender Absatz ein-gefügt: Verbandsmitglieder, die in Ausübung ihrer proletari-schen Solidaritätspflicht durch Streik oder Aussperrung arbeits-los werden, erhalten die Verbandsunterstützung als Ausgesperrte. Insbesondere wird diese Unterstützung bezahlt, wenn die Arbeitslosenunterstützung gemäß des AVAVG abgelehnt worden ist.

Offenbach a. M. Im § 16 Abs. 6 in der vorletzten Zeile hinter „Aussperrung“ fortfahren: „sofern der Streik oder die Aus-sperrung länger als drei Tage dauert. Ist der Streik oder die Aussperrung mit Ablauf des dritten Tages beendet, dann wird keine Unterstützung bezahlt“.

§ 17

Vorstand. Im Absatz 2 in der ersten Zeile das Wort „un-entgeltlich“ streichen.

Dem Absatz 2 folgenden Satz anfügen: Mit der Rechts-schutzbewilligung kann der Verband auch die Veranlagung der Kosten des Rechtschutzes übernehmen. Er kann Rückerstattung dieser veranlagten Kosten verlangen.

In Absatz 3 vierte Zeile statt „Erstattung“ zu setzen: „Ver-anlagung“.

In Absatz 4 die Worte „aus Verbandsmitteln“ streichen.

Absatz 6 wie folgt ändern: Wird Rückerstattung der Kosten gemäß Absatz 2 nicht gefordert, so sind nach Be-endigung des Prozesses die gesamten Kosten mit der nächsten Vierteljahresabrechnung zu verrechnen. Der Abrechnung ist ein Prozeßbericht mit genauer Kostenaufstellung nebst den Be-legen und den Urteilschriften beizulegen. Formulare für die Prozeßberichte liefert der Vorstand.

§ 18

Falkenberg. In Absatz 1 hinter dem Wort „Unterstützungen“ einschalten: „mit Ausnahme der Invalidenunterstützung“.

§ 18 Abs. 2

Vorstand. Den Anfang wie folgt fassen: „von Mitgliedern, gewissen Mitgliedern oder anderen natürlichen oder juristi-schen Personen oder Personengesellschaften des öffentlichen oder privaten Rechts aus dem Verbandsstatut“ usw.

§ 20

Wiener, München. In § 20 Abs. 14 hinter Buchstaben c neu aufnehmen: Punkt d: in Entzug der Unterstützung auf die Zeitdauer von 1 Woche bis zu 10 Wochen.

Punkt e: in Kürzung der Verbandszugehörigkeit um 5 bis 15 Jahre.

Der jetzige Absatz d wird f.

§ 21 Abs. 1

Wiesbaden; Schäde, Berlin. Einen neuen Absatz „f“ ein-schalten: Wenn die Zugehörigkeit zur nationalsozialistischen Partei oder anderer rechtsstehender Organisationen nach-gewiesen werden kann.

§ 21 Abs. 2

Chemnitz, Branche Bauklempner. Neu einfügen: Mitgliedern, die ihre Eigenschaft als Arbeitnehmer verlieren, kann die weitere Mitgliedschaft gestattet werden. Sobald aber das Mit-glied als selbständiger Gewerbetreibender einer Arbeitgeber-organisation angehört, erlischt seine Mitgliedschaft.

Seitheriger Absatz 2 wird Absatz 3.

§ 23 Abs. 2

Vorstand. Absatz 2 folgenden Satz anfügen: Das gleiche gilt, wenn ein Mitglied, trotz Aufforderung der zuständigen Ver-bandsstelle aus einer Vereinigung nicht ausgetreten ist, die vom Vorstand gemäß § 3 Abs. 3 als verbandsfeindlich be-zeichnet wird.

Hamburg. In der dritten Zeile hinter Sperrebruch ein-schalten: „und als Mitglied oder Förderer einer gegnerischen Organisation“.

Witten. Anfügen. Das gleiche gilt für Mitglieder der NSDAP und ihrer Betriebsorganisation (NSBO).

§ 23 Abs. 4

Vorstand. In der 12. und 13. Zeile die Worte: „das Verfahren zur Ausschließung eröffnet wird“ zu streichen und dafür die Worte: „die Ausschließung nach § 22 b erfolgt“ einsetzen.

§ 23 Abs. 5

Schäde, Berlin. Die letzte Zeile streichen.

§ 23 Abs. 11

Wiener, München. Soll entsprechend dem § 20 Abs. 14 sinn-gemäße Anwendung finden.

§ 25 Abs. 2

Wiedehöft, Nowawes-Potsdam. Den letzten Satz ändern wie folgt: Bei der Wahl (der Beisitzer) müssen nach Möglichkeit die verschiedenen Gewerbezweige der Metallindustrie ein-schließlich des Metallhandwerks berücksichtigt werden.

§ 27 Abs. 1

Bergedorf. Die Rechnungslegung hat vor Ausschreibung der Wahlen zum Verbandstag und vor dem festgesetzten Termin für die Einreichung von Anträgen an den Verbandstag zu er-folgen.

Niesky. In der dritten Zeile nach dem Wort „aufzustellen“ einfügen: Über die Einnahmen und Ausgaben für die In-validenunterstützung sowie über die Zahl der unterstützten Invaliden ist in der Jahresabrechnung gesondert zu berichten.

§ 29

Vorstand. In der zweiten Zeile setzen: „des Vorstandes, des Ausschusses oder der Schriftleitung der Verbandsorgane“.

In Absatz 2 erste Zeile nach dem Wort „Ausschusses“ ein-fügen: „und der Schriftleitung der Verbandsorgane“.

Vorstand. § 29 wird § 30, § 30 wird § 29.

§ 31 Abs. 1

Rostock. Fünfte Zeile nach dem Wort „dieser“ einfügen: „den Schlichter- und Landesarbeitsamtsbezirken angepaßt“.

§ 31 Abs. 2

Essen. In der dritten Zeile die Worte „die auf der Bezirks-konferenz gewählt wird“ streichen.

Dafür setzen: „die von der Verwaltung gewählt wird, in deren Bereich die Bezirksleitung ihren Sitz hat“.

§ 31 Abs. 3

Vorstand. Den Absatz 3 streichen.

§ 31 Abs. 4

Vorstand. In Absatz 4 fünfte Zeile das Wort „Erweiterten“ streichen.

§ 31 Abs. 7

Vorstand. In Absatz 7 zweite Zeile die Worte „gegen Be-soldung angestellten“ und den letzten Satz (die letzten drei Zeilen des Abs. 7) streichen.

In Absatz 7 fünfte Zeile und Absatz 8 neunte Zeile an Stelle des Wortes „Vorstands“ setzen: „Verbands“.

Wolfenbüttel. Achte Zeile statt „kann“ einfügen: „muß“.

§ 32 Abs. 3

Vorstand. In der zweiten Zeile die Worte: „die erweiterte Bezirkskommission“ streichen.

§ 32 Abs. 4

Kiel. Den dritten Satz streichen.

§ 32 Abs. 5

Delmenhorst. Dritte Zeile nach dem Wort „Betriebsräte-konferenzen“ einschalten: „sowie der von den Bezirksleitungen einberufenen Jugendleiterkonferenzen“.

§ 32 Abs. 6

Reichenstein. Dem Absatz anfügen: Soweit Tagungen und Sitzungen in eine Zeit fallen, in der Sonntagsfahrkarten benützt werden können, wird Fahrgeld nur in Höhe der Sonntags-fahrkarte erstattet.

§ 33 Abs. 1

Hamburg. Im zweiten Satz die Worte: „nach vorheriger Ver-ständigung mit den in Betracht kommenden Mitgliedern“ streichen.

§ 33 Abs. 2

Vorstand. Folgende Worte anfügen: Ortsverwaltungen, die Grundbesitz pachten, verpachten, erwerben, verkaufen oder sich an Gewerkschaftshäusern oder ähnlichen Unternehmungen be-teiligen wollen, müssen vorher die Genehmigung des Vorstandes einholen. Den Grundbesitz betreffende Finanzierungsverträge sowie Kostenvorschläge für Umbauten sind dem Vorstand zur Begutachtung einzusenden.

§ 33 Abs. 2

Hamburg. Im ersten Satz das Wort „alljährlich“ streichen und dafür setzen „auf die Dauer von zwei Jahren“.

M-Gladbach. Einfügen: Bei Maßregelung eines Angestellten durch den Vorstand muß innerhalb sechs Monaten durch die Delegierten der örtlichen Generalversammlung der betreffenden Verwaltungsstelle eine Neuwahl erfolgen.

Frammschweig u. Kubitz, Elsterwerda. In der zweiten und dritten Zeile die Worte streichen: „und vom Vorstand zu bestätigen“.

(Fortsetzung auf Seite 155)

lichen Steuersatz von 12 Pf. pro Kilogramm festzusetzen. 70 Millionen will man mit dieser Steuer herauspressen. Bezahlen müssen sie jene, die nur noch Salz und Brot haben. Daß diese Notverordnung noch mit allerlei Schikanen gegen die Arbeiter gespickt ist und gegen die Einrichtungen, an denen die Arbeitervertreter mitwirken, versteht sich von selbst. Lange genug hat die Reaktion ihre Forderungen verkündet. Die Papen-Regierung führt sie aus. Die Gemeinden werden ganz besonders an die Kandeare genötigt, damit sie ja nicht aus eigenen Mitteln etwas für die hungernden und verzweifelten Arbeitslosen tun können.

Steht nun auf der einen Seite die schwere Belastung der unteren Schichten fest, so geschieht andererseits gar nichts zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Krisennot. Die Regierung Brüning hatte mit den Gewerkschaften nach langwierigen Verhandlungen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das auch im Deutschen Reichstag angenommen worden ist und das rund 600 000 Arbeitslose in Brot und Lohn bringen sollte. Mit dem Sturz der Regierung Brüning ist auch dieser Plan gefallen. In der neuen Notverordnung werden einige nichts-sagende Redensarten über Arbeitsbeschaffung gemacht, aber keinerlei Programm gegeben. Für die Arbeitsdienst-pflicht hat man Geld, obwohl längst nachgewiesen ist, daß damit weder der Not gesteuert noch den Arbeits-losen geholfen wird. Aber die militärtollon Nazis fordern die Arbeitsdienstpflicht, und das ist für die Papen-Regierung Befehl.

Das Dritte Reich reift heran. Was schert die national-sozialistischen Soldknechte des Kapitals die Not der arbeitenden Klasse! Sie sind von einem Blut- und Macht-wahn befallen und träumen von der Herrschaft über eine geknebelte, willenlose Volksmasse. Ein Volk hungert, aber Hitlers Landsknechte erhalten neue Uniformen; die Kosten dafür, die in die Millionen gehen, werden von dem Besitz aufgebracht, der wiederum aus der Hand der Papen-Regierung Steuererlaß bekommen hat. Dafür sind die Massen der notleidenden Arbeiter erneut belastet. Neue Uniformen einer macht-lüsternden Söldnerschar auf Kosten der Lohnarbeiter, hungernden Arbeitslosen und Kriegs- und Altersrentnern, das ist der Beginn des Dritten Reiches.

Arbeiter, Augen auf! Am 31. Juli ist Reichstagswahl! Die demokratische Verfassung der Republik bietet der Masse der notleidenden Bevölkerung die Möglichkeit, sich eine Staatsführung zu wählen, die mit dem Papen- und Hitlerkurs rücksichtslos bricht und deren Handeln von der Not der arbeitenden Bevölkerung geleitet ist.

Steht gerüstet! — Seid bereit!

Die Juni-Notverordnung hat der Bürgerkriegsarmee Hitlers die volle Freiheit gebracht, nachdem sie von der Brüning-Regierung wegen ihrer verbrecherischen Um-träbe und ihrer Gefährdung von Gesundheit und Leben republikanischer Staatsbürger verboten war. Das Reichs-banner veröffentlicht als Gegenmaßnahme einen Aufruf, in dem der Befehl zur sofortigen Neuaufstellung der republikanischen Schutzformationen gegeben wird. An die Mitglieder der Eisernen Front ergeht der Ruf: „Ihr Tausende und aber Tausende junger Männer, euer Platz ist jetzt in der Schutzformation!“

Die Schutzformationen verlangen nichts für sich, sie wollen der deutschen Republik und damit den Arbeiter-rechten dienen. Durch die erneut aufge-papelte Bürger-kriegsarmee Hitlers ist der Bestand der deutschen Republik, und somit der Kampfesboden für eine freiheit-liche Machtentfaltung, gefährdet. Wir lassen uns unsere Bürgerrechte durch den organisierten Hitlerterror nicht beschränken. Wir nehmen alle Rechte in Anspruch, die irgendeiner anderen politischen Gruppe gegeben werden. Wir wollen den irreführten Arbeitern die Augen über den Hitlerschen Volksbetrug öffnen. Gegen die Nazi-Soldatenspielererei, die in neuen, von kapitalistischen Machthabern gestifteten Uniformen paradiert, wollen wir den unbengbaren Willen setzen, die furchtbare Wirt-schaftskrise durch erfolgreiche Taten zu überwinden. Gegen die Verschwendung von Geldern, die der Volkswirtschaft entzogen werden, setzen wir den Ruf nach Arbeit! Gegen die Organisation einer Terrorarmee setzt das Reichsbanner den Entschluß, den neuentstandenen Bürgerkriegswahn zu brechen. Die Nation darf nicht zer-spalten werden, ebenso dulden wir nicht Mißbrauch mit dem Begriff „national“. Wir bekunden aufrichtige Liebe zum deutschen Volke. Gegen das Wortchristentum, das jetzt geflüsterlich herausgestellt wird, setzen wir die tätige Hilfe für die Mühseligen und Beladenen. Gegen die Herrschaft von Interessentenklüngeln steht unsere Bereitschaft zum Dienst am Volksganzen! Der Aufruf schließt mit den Worten:

Zusammenschließen, Kameraden! Härter die Faust um den Fahnenstange! Hoch die Fahne Schwarz-Rot-Gold!

Gefährliche Steuerpolitik

In deutschen Kraftverkehrsgewerbe werden 450 000 bis 500 000 Menschen beschäftigt. Es ist also zu einem der wichtigsten Industriezweige geworden. Die Krise hat das Kraftverkehrsgewerbe empfindlich geschwächt. Nicht nur die Automobil-fabriken leiden an Absatzmangel, auch die im Fahrbetrieb be-schäftigten Personen mußten sich gewaltige Einschränkungen gefallen lassen. Dies liegt nicht zuletzt an der hohen Steuer-last. Die durchschnittliche steuerliche Belastung je Kraft-wagen beträgt in Deutschland 796 M., in England 538 M., in Frankreich 376 M., in den übrigen europäischen Ländern 400 bis 430 M. und in Amerika 128 M. Durch die steuerliche Belastung des Brennstoffs wird dieser in Deutschland um 332 Millionen M. verteuert. Davon erhält der Staat 200 Millionen M. Die übrigen 132 Millionen M. sind Subventionen für die Betriebe, die einheimischen Kraftstoff erzeugen. Dabei ist der Anteil des deutschen Kraftstoffs so gering, daß eine Schädigung der Kraft-verkehrswirtschaft in diesem Ausmaß direkt als ein Skandal anzusehen ist. Die ganze Politik ist aber ein treffendes Bei-spiel für eine wirtschaftliche Kurzsichtigkeit, die auf der einen Seite ganz wenig zu helfen vermag, auf der anderen aber unermesslichen Schaden bringt. Das Kraftverkehrsgewerbe würde viel mehr Menschen zu beschäftigen vermögen, wenn es nicht durch eine kurzsichtige Steuerpolitik gedrosselt würde.

Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Einige Kameraden in der Stube pfeifen. Adamczik und Güttler sind schon so weit, daß sie ihre Spinde ausräumen und das Bettzeug abgeben. Ich muß mich sehr beeilen.

Bumann steckt dem Stubenältesten ein Paket Tabak „Für Heer und Flotte“ zu: „Wenn Herr Gefreiter mir den Mantel und die Zeltbahn mit rollen helfen wollen?“ — „Her mit die Klamotten“, sagt Buck und rollt mit unnachahmlichem Geschick aus Mantel und Zeltbahn eine Wurst, die er wie spielend um den Affen legt.

„Sch-Kerll!“ sagt Adamczik zu Bumann gewendet und blinzelt, sein Gewehr hoch vor sich haltend, durch den Lauf.

„Wen meinst du, Grünschnabel?“ — Buck blickt wütend auf. Aber Adamczik läßt sich nicht aus der Ruhe bringen: „Ick meene ja man bloß, Herr Jefeiter; det muß een richtiger Muskote doch selber können, was?“ — Darauf kann Buck allerdings nichts sagen. „Behalt deine Weisheit für dich, Kleener.“ knurrt er nur, „sonst fliegt dir mal'n Schemel ins Kreuz!“

„Zu Befehl, Herr Jefeiter!“ — der Kleine schmunzelt in sich hinein.

„Überhaupt,“ Buck kann sich nicht beruhigen und murt weiter, „ihr benehmt euch schon wie alte Krieger, ihr Rotzjungs, und habt noch kein Pulver gerochen. Macht erst mal eure Schularbeiten und laßt euch Milchsuppen geben, ihr Säuglinge!“ Mit wütenden Bewegungen schnürt er die Riemen fest.

Adamczik kniet jetzt ebenfalls auf dem Boden und breitet seinen Mantel aus. Die beiden knien sich gegenüber und beachten sich scheinbar nicht mehr. Adamczik singt sogar:

„Ein Vöglein sang im Lindenbaum:
ka vau, ka vau, ka vau...“

Da wird Buck puterrot... die Wut bockt in ihm, er blickt auf und schreit den Kleinen an: „Halt's Maul, du frecher Berliner!“

Aber Adamczik rollt eifrig weiter; er läßt sich gar nicht stören und singt munter drauflos:

„... wer weiß, ob wir
uns wiederseh'n
am kühlen Strand der Spree—e—e—e...“

Er bewegt seinen Oberkörper dabei und lächelt mich verschmitzt an. — Ich fühle es genau: es gibt gleich wieder was und reibe und reibe...

„Bring dir man nich um, Peter, bei die ollen Trittschen. Hör man uff mit die Wienerel! Oder willstest damit nach'm Alex zu die kleinen Meechens? — Sing' man lieba eens mit zum Abschied...“

Er sieht halberhoben über den Gefreiten zum Fenster hinaus. „Menschenskind, haste Töne? Et rejent uff unser schneet Balin! Nich zu glooben, und denn wolltest doch meine Paula zum Abschied kommen mit dem neuen Kleid.“ Er schnallt sein Kochgeschirr fest und prustet dabei. Ihm sitzt der Teufel im Nacken:

„Alle ma hee — — — hööööö!“ Er ahmt des dicken Feldwebels Stimme täuschend nach, und mit einem Rundblick auf die hantierende und packende Korporalschaft und einem listigen Seitenblick auf Buck fängt er wieder an:

„Annemarie, du bekommst ein Kindelein.“

Alle kennen wir dieses Lied, diesen lockeren, leichtsinnigen Marschgesang, und während wir bei unseren verschiedenen Beschäftigungen unseren verschiedenen Gedanken nachhängen, lassen wir uns einige trügerische Augenblicke von dem Gesang dieses Liedes tragen und singen putzend, packend, schnürend mit.

Adamczik hält seinen eigenen Generalappell ab. Er steht feldmarschmäßig auf einem Schemel an der Tür, die geöffnet ist, daß der Gesang bis auf den Flur dröhnt.

Auch er hat jetzt sicher den Auftritt mit dem Gefreiten vergessen: es ist die reine, ungetrübte Ausgelassenheit eines guten Jungen.

Buck aber, der Bumann eben den fertiggemachten Affen geben will, wird plötzlich bleich — der Tornister fällt Bumann schwer auf die Füße... irgend etwas hat des Gefreiten Wut zu vollem Jähzorn entfacht. Er packt einen Schemel am Bein und stürzt auf Adamczik los, der nichtsahnend den Löffel schwingt...

„Du willst mich durch den Kakao ziehen, du frecher Hund...“ — Adamczik springt behende vom Schemel und stellt sich kampfbereit auf.

Buck schwingt schon den Schemel über dem Kleinen... hemmungslos von seiner Wut getrieben... blind wie ein Tier...

Wie aus dem Boden geschossen steht da mit einem Male Kilb zwischen den beiden. Mit einem harten Griff faßt er Buck an den Hals, die andere Hand entwindet ihm den Schemel, daß dieser polternd unter den Tisch fällt...

Die beiden ringen... Buck ächzt unter den eisernen Klammern des Kutschers... er schlägt wild um sich. Seine Augen treten heraus; er tritt mit den Füßen an die Schienenbeine Kilbs...

Aber der ist viel stärker... er ist ganz ruhig und schiebt ihn schließlich mit ausgestreckten Armen vor sich her und drückt ihn dann an die Wand...

„Licht aus!“ ruft einer, und ein anderer gleich hinterher: „Messer — rausss! Zwei Mann zum Blutrühen!“

Es ist der übliche Schlachtruf der Soldaten des Weltkrieges... er erschallt oft und bei allen möglichen Gelegenheiten... auch wenn kein Licht brennt. Es sind Schlagworte... die aus den Kompanien heraus geboren wurden: roh, aufhetzend, aber treffend und immer passend...

Adamczik springt um die beiden herum und rollt eine Salve von Berliner Krafftausdrücken hervor.

Bucks Abwehrbewegungen werden immer schwächer. Schließlich läßt Kilb los.

Der Gefreite knirscht mit den Zähnen: „Angriff vor versammelter Mannschaft!“ keucht er, „das werde ich dir heimzahlen...!“ Er sieht Kilb mit zusammengekniffenen Augen an.

Über Kilbs Gesicht aber, das keine Spur von Erregung zeigt, liegt ein großer, stiller Ernst gebreitet... und ruhig entgegenet er: „Das fürchte ich nicht... ich fürchte euch alle nicht! Aber was hat Ihnen der Kleine getan? Freude habt ihr am Schinden... unser Leben ist euch einen Dreck wert... erschlagen hätten Sie ihn... ich — ich habe ihn geschützt, verstanden? Und ich werde jeden schützen, der es verdient hat und der zu schwach ist, sich selbst zu verteidigen...“

Atemlos haben wir zugehört. Kilbs Stimme hebt sich; er sieht sich nach uns im Kreise um:

„Und niemand von euch allen hat wohl an Heini Langer gedacht; das war wohl noch nicht genug, wie? Kameraden! Kameraden, könnt ihr denn nicht denken? Sind wir denn Vieh vor all' den Schindern hier, wie?“ Er wendet sich langsam, rollt sein Bettzeug zusammen und geht zur Tür hinaus. Er muß an mir vorbei und sieht mich groß und vorwurfsvoll an, ohne ein Wort zu sagen, mich sieht er an... mich... mich...

Ich bin tief beschämt... Er hat recht: Auch ich habe nicht mehr an Langer gedacht... ich... sein Schulfreund. Sind wir denn hier schon so vergeföhlt geworden... ist alles in uns zertrampelt?... Sind wir denn keine Menschen mehr, daß wir die Toten und ihre Leiden so schnell vergessen können?...

Ich schaue Kilb nach, wie er nach der Treppe zur Kammer geht... jetzt... jetzt... betritt... er... die Stelle... wo... Langer... lag...

Da ist es mir, als stehe der tote Grenadier... den wir schon... vergessen hatten... auf... bleich... mit den tiefliegen-

den Augen... gespenstisch... Totenflecke schon im Antlitz... er geht an mir vorbei... durch die Stube... lautlos... schwebend... geradezu in weite, unbekannte Fernen den Blick... hinten im Kopf — das große — dunkle, blut-umronnene Loch — — — oh — Heini — — —

Preuß steht neben mir und legt mir seine Hand auf die Schulter. Ich blicke hoch und bin plötzlich ruhig und wie getröstet, als ich in sein kluges und gutes Gesicht sehe.

„Stark sein, mein Junge, oder unterliegen... komm, bist doch ein Mensch mit klaren Augen und wachen Sinnen.“

Der Gruß fast vergessener Menschlichkeit zwischen grauen Mauern und grauen Korporalschaften dringt wie Sonne in den dunklen Kerker meiner Verzweiflung.

„Schnallen Sie um, und melden Sie sich auf der Schreibstube“, höre ich Preuß wieder, „was los ist, weiß ich nicht...“ Er klopf mir noch leicht auf die Schulter und geht.

Ich schnalle mein Koppel um, setze den Helm auf und gehe in die Schreibstube.

„Wer sind Sie?“ Der dicke Feldwebel, kurzsichtig, sieht mich aus verquollenen Augen über halben Brillengläsern an. Er sitzt mit einem Schreiber am Tisch und blättert in einer Akte...

„Grenadier Riß, dritte Korporalschaft... ich soll mich hier melden... Befehl vom Herrn Unteroffizier Preuß.“

Er erhebt sich etwas über den Tisch hinweg und mustert mich von oben bis unten. Eine gelbblaue Friedensdekoration, ein Band, klebt an seinem Extrarock mit dem viel zu hohen Kragen, aus dem das gerötete und gedunsene Gesicht dumm herausquillt...

Vollgefressener Strumpfl, denke ich bitter, um wieviel magst du uns schon begaumert haben mit den Lebensmitteln und welche Verbrechen hast du schon auf dem Gewissen... Er war natürlich, wie alle seines Schlages, noch nicht an der Front. Ich habe das Gefühl, daß er mich, obwohl er sicher ein sehr dummer und roher Mensch ist, durchschaut.

„Drei Schritte näher kommen und

bessere Haltung, du Hammel!“

Ich trete näher wie befohlen und blicke das Fettpolster durchdringend an.

„Glotz' nicht so, speckiger Kerll! Ist das überhaupt eine Haltung vor einem Vorgesetzten, und noch gar vor deinem allerhöchsten Feldwebel?! Rechte Hüfte rein! Noch mehr! Noch mehr!... Sooo... Linke Fußspitze weiter nach innen, haalt... Kinn an die Binde!“ Er kommt hinter dem Tisch hervor, watschelt zu mir heran und umkreist mich wie ein Raubtier. Dann bleibt er vor mir stehen, stößt mich einige Male zynisch grinsend mit dem Bauch an, schiebt die Unterlippe verächtlich vor und reißt an meinen Knöpfen... Gottlob, denke ich, die sitzen fest...

Ich rieche seinen scheußlichen Atem, der widerlich nach Tabakjauche und Alkohol stinkt, daß ich eine aufsteigende Übelkeit niederschlucken muß.

Die Schreiberseele malt etwas auf dem Papier, kaut manchmal an der Federhalterspitze und sieht im übrigen durch mich „speckigen Kerll“ wie durch Glas hindurch. Dieser „Held“ sitzt seit über zwei Jahren hier, wie mir ein Kamerad von der Genesenenkompanie mal erzählt hat. Er ist der Sohn eines reichen Berliner Weinhändlers und weiß, was er dem Spieß schuldig ist.

Ich beobachte ganz scharf, während der Dicke an mir herumfummelt. „Ach nee“, krächzt er nun, „nu' sieh mal einer an, wie dieser Hammel die Knöpfe angenäht hat. Das will ein

Ja, früher...

Allein, wie fast immer, saß der alte Hartmann auf einer Bank in einer wenig besuchten Ecke des Stadtparks. Sein Blick fiel von hier hinüber auf die Rückseite eines großen Industrieerkes. Nur die kahlen Brandmauern der langen, glasbedachten Hallen waren zu sehen. Mit auf dem Handstoch gestützten Händen, die erkaltete Tabakpfeife im Mundwinkel, saß Hartmann sinnend da. Kein Wort hatte er dazu gesagt, als vorhin junge Leute auf seiner Bank Platz nahmen und nun lebhaft von Fußballspiel und Kinodramen und dann von Arbeitslosigkeit und Not und Elend zu erzählen wußten. Nichts würde getan, meinten sie, von den Gewerkschaften, um endlich dem Elend ein Ende zu machen; es sollte doch endlich ernst gemacht werden, so oder so, denn zu verlieren sei ja doch nichts mehr! Früher, da habe es immer Arbeit gegeben, und wenn schon einmal eine flauere Zeit gewesen, in ein paar Wochen höchstens war sicher wieder Arbeit in Hülle und Fülle. Ja, früher!

Nichts hatte er dazu gesagt, der alte Hartmann. Fast unbeachtet war er Zuhörer der lebhaften Unterhaltung gewesen. Nun saß er wieder allein und murmelte bitter lächelnd: Früher...?

Als junger Mensch war er in die Welt gezogen. Im Sommer war es ihm immer leicht gewesen, als Handlanger im Baugewerbe Arbeit zu finden. Zwölf bis vierzehn Stunden den Tag schleppte er den Mauern Steine und Mörtel auf die Rüstung. Kräftig und voller Jugendmut, tat seinem Körper die schwere Arbeit nichts. Hier war es auch, wo er Arbeiterorganisation kennenlernte und Mitglied der Gewerkschaft wurde. Freilich, in den Vordergrund war er nie so recht getreten.

In jenen Jahren war ihm auch die Härte der Arbeitslosigkeit während des Winters nicht so hart erschienen. Ledig und los, schlug er sich recht und schlecht mit der Unterstützung seiner Gewerkschaft durch. Dann hatte er geheiratet. Eine kleine Wohnung in der Altstadt nahm ihn und Gerda, seine junge Frau, und die paar Habseligkeiten auf, die er zur Gründung seines Haushalts unter der Hand erstanden hatte. Es war nicht viel, ein Tisch, zwei Stühle und ein schmales Spind in der Küche. In der ersten Zeit nur ein Bett und den Kleiderschrank in der schrägen Schlafkammer. Das war alles. Sein Weib schaffte wacker mit, und vielleicht wären sie etwas schneller vorwärts gekommen, wenn nicht nach kaum einem Jahre der kleine Willi geboren wäre. Und dann ging es Schlag auf Schlag, jedes Jahr ein Kind.

Wenn nur der Winter mit seiner Arbeitslosigkeit nicht immer dazwischen gekommen wäre. Zwar suchte er bei jeder Gelegenheit Verdienstmöglichkeiten. In bitterster Kälte war er auf den von der Brauerei gepachteten Teichen tätig, um Eis zu brechen. Staatliche Arbeitslosenunterstützung gab es nicht; die kam erst 1919, als die Arbeiterschaft Einfluß auf die Gesetzgebung gewonnen hatte.

Gerda versuchte, so gut es zwischen sechs Kindern ging, zu helfen. Um fünf Uhr morgens schon lief sie von Haus zu Haus, um für einen Bäckermeister die Semmeln guszutragen, abends nach neun Uhr reinigte sie die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft. Ganz böse war auch der Sommer, als Hartmann den schweren Unfall auf der Baustelle erlitt. Eine Leitersprosse brach unter seinem Gewicht zusammen und er

Soldat sein, dieser Dreckhaufen, — näht die Knöpfe seines Kaisers mit weißem Zwirn fest, statt wie vorgeschrieben mit grauem. Na, das wollen wir gleich ham, Bursche...

Er nimmt mit genießerischer Gebärde eine kleine Schere aus der Tasche und schneidet mir — schnapp — schnapp — langsam die Knöpfe, die ich heute morgen mühsam noch einmal zum Generalappell nachgenäht hatte, der Reihe nach von oben bis unten ab.

Ich fühle, wie mir die Wut siedend heiß in den Hinterkopf steigt, so daß ich fast taumle. — In knapp einer Stunde ist Generalappell, — draußen treten schon die Kameraden zum Essenempfang an, ich höre ihre Eßgeschirre klappern und wie sie abzählen... und hier weidet sich ein viehischer, betrunkener Vertreter des obersten Kriegsherrn an dem Qualen eines halbverhungerten Rekruten, der bald in die Granattrichter Frankreichs gejagt werden wird.

Ich muß etwas entgegenen; denn dieser Lump sucht etwas, um mich herauszufordern. Nie ist uns überhaupt gesagt worden, daß wir mit grauem Zwirn nähen sollen. Aber ich weiß schon, er wird mich beim geringsten Laut anbrüllen.

Ich schlucke weiter hinunter... Plötzlich fällt mir ein: Weshalb bin ich eigentlich hierherkommandiert? Habe ich in den letzten Tagen etwas Besonderes ausgefressen... Nein... oder doch? —

Wie ein Filmstreifen rollen Bilder vor meinem inneren Auge ab, die Ereignisse der letzten Tage und Stunden. Bei dem Gedanken an Langer wird es plötzlich ganz leer im Gehirn... der ist tot... tot... tot...

„Tot...“, gleitet es mir da über die Lippen, als er mir die abgeschnittenen Knöpfe in die Tasche steckt, daß es leise klirrt.

„Was?“, das Fettgeschirr schwankt vor mir. Der Mund bleibt offen stehen: „Wa — wa — waaaas? Was sagst du da? Was soll das bedeuten?“ Er jappst nach Luft... er hat mich also gefragt... jetzt werde ich antworten...

Und wie ein lange gestautes Wasser überstürzen sich meine Worte:

„Jal Jal Langer ist tot! Solange geschunden, bis er sich das Leben nahm! Weiß seine Mutter das schon?! Wie? Haben Sie ein Gefühl dafür? Und wollen Sie mich auch soweit bringen? Aber es wird euch nicht gelingen... ihr... ihr...! Ich werde es melden, daß ich beleidigt worden bin! Sie haben mich hier Hammel, Dreckhaufen, speckigen Kerll genannt... ich werde das dem Herrn Hauptmann melden! Der ist gerecht, der Herr Hauptmann... „Du“, haben Sie zu mir gesagt! Ich verlange, daß Sie mich mit „Sie“ anreden, wie es vorgeschrieben ist! Sie haben sich auch auf das berufen, was vorgeschrieben ist... was vorgeschrieben sein soll... als mir die Knöpfe abgeschnitten wurden... In einer Stunde ist Generalappell... ich habe noch kein Essen bekommen... ich muß mich noch fertigmachen... ich muß die Knöpfe neu annähen!... Aber ich werde ohne Knöpfe antreten und ich werde alles melden! Ich bin kein Stück Vieh! Ich bin wenigstens Soldat... Jedem Soldat steht das Recht der Beschwerde zu... ich werde es benutzen... ich bin nicht so ängstlich wie die anderen, die sich alles gefallen lassen... die sich eher das Leben nehmen... ich werde mich beschweren! Über Sie... über Sie!“

Mir ist plötzlich unendlich leicht zumute... ich stehe mit an der Hosennaht zitternden Fingern... ich habe ihn nicht angesehen... ich sprach gegen das Fenster...

Aber über die halben Brillengläser grinst mich aus einem Paar Schweinsaugen alle Gemeinheit des preußischen Militarismus an. Die Stimme klingt ölig und zynisch, und langsam, abgemessen, höre ich:

„Melden?... Haha!... Melden?... Hahahahaha!... An-treten ohne Knöpfe?... Ich hätte dich beleidigt? „Sie“ soll ich zu dir Rotznase sagen?... „Sie“??...“

Er wendet sich mit einem teuflischen Gesicht nach dem Schreiber um und tippt dabei mit seinem roten, dicken Finger an meinen Helm:

„Peters!... Der springt wie gestochen hoch: „Zu Befehl, Herr Feldwebel...“ Der Blick der schwarzen, tückischen Augen wird noch spitzer... (Wird fortgesetzt.)

stürzte mit seiner Tracht Steine in die Tiefe. Neun Wochen lag er mit Rippen- und Knochenbrüchen im Krankenhaus. Mit der Arbeit auf dem Bau war es nun ein für allemal aus. Mit bitteren Gefühlen dachte Hartmann an die tiefe Demütigung, als die Armendirektion sich seiner annehmen mußte. Mit den wenigen Mark, die Gerda verdiente, und den paar Pfennigen, die Willi, der Zwölfjährige, für Botenwege von einem Lederhändler bekam, und den 10 M Armengeld mußte die Familie den ganzen Monat auskommen. Fast neun Monate war er krank und erwerbslos, dann kam er in jenen Großbetrieb, auf dessen kahle Mauern Hartmann jetzt hinüberstarrte. Erst in der Hofkolonne, dann als Eisenhobler, schließlich als Magazinarbeiter war er 28 Jahre dort drüben tätig. Ganz allmählich war es besser geworden. Einen Pfennig nach dem andern hatte die Arbeiterschaft, vermöge ihrer guten gewerkschaftlichen Organisation, den Unternehmern abgerungen. Die kleine Wohnung in der Altstadt, die lange Jahre Hartmanns Asyl gewesen, wurde mit einer gesunden Wohnung in der Baugenossenschaft vertauscht. Die Arbeitszeit war nach acht Stunden schon am Nachmittag beendet, so daß man nun Gelegenheit hatte, ein paar Stunden der Erholung in seinem kleinen Garten vor der Stadt zuzubringen.

Die Kinder waren alle groß geworden. Zwei hatte ihm der Weltkrieg genommen. Sein Weib und Lebenskamerad war nun drei Jahre tot. Er wohnte bei seinem jüngsten Sohn, ohne von ihm abhängig zu sein.

Zur Last fiel er niemanden. Seine 56 M Altersrente und die 40 M Invalidengeld, die ihm der Deutsche Metallarbeiter-Verband für seine über 40 Jahre gehaltene Treue jeden Monat auszahlte, machten ihm seinen Lebensabend erträglich.

Der Alte erhob sich. Schwer auf den Stock gestützt, trat er den Heimweg an. Ja, früher! kam es noch einmal von seinen Lippen.

Er wußte, daß noch vieles verlorengehen konnte.

B. Uebela.

Paragrafen zerstören Lebensglück

Über das Schicksal ungewollter Schwangerschaften in der Ehe bringt Prof. Fetscher eine sehr wertvolle Arbeit in der Deutschen medizinischen Wochenschrift. Das Material entstammt seiner Ehe- und Sexualberatungsstelle, in der die Beratenen diese Aussagen machten, was im Sinne dieses wichtigen Problems von großer Bedeutung ist.

Von 61 Schwangerschaften, die trotz der Benutzung von Verhütungsmitteln zustande gekommen waren, endeten hiernach 23 mit Abort. Hierzu kommt dann natürlich die Zahl der Aborte, bei denen Verhütungsmittel nicht benutzt wurden.

Aber diese Aborte sind — und das ist leider so beachtenswert — nicht spurlos an den Frauen vorübergegangen, wie Fetscher schreibt. Viele klagten über Menstruationsstörungen, Rückenschmerzen und dergleichen. Andere bedurften wegen entzündlicher Prozesse einer ärztlichen Behandlung. Andere Frauen wieder konnten auch spätere Kinderwünsche nicht befriedigen, weil ein früherer Eingriff die Empfängnisfähigkeit der Frau zerstört hatte.

Damit birgt der furchtbare und noch so umstrittene Paragraph viel Elend und viel zerstörtes Lebensglück in sich, mehr als vielleicht auch die Fachwelt glaubt. Und es ist ein Verdienst von Prof. Fetscher, einmal in dieser Weise hineingeleuchtet zu haben in verborgene Tiefen des Lebens.

Die Erwerbslosen-Unterstützung des DMV

Wir bringen heute den Rest der uns in dieser Sache zugegangenen Zuschriften. Damit glauben wir die Aussprache schließen zu können. Schriftleitung.

Angesichts der immer mehr um sich greifenden Zerstückelung der politischen Arbeiterorganisation ist es eine wahre Freude zu sehen, mit welchem Eifer die Mitgliederverbände der Gewerkschaften bestrebt sind, ihre Verbände vor dem gleichen Schicksal zu bewahren. Jedes Mitglied fühlt, daß dies letzte Bollwerk unversehrt erhalten bleiben muß, um nicht völlig schutzlos und wehrlos im Wirtschaftsleben dazustehen.

Tatsächlich darf man wohl ohne Ueberhebung die Gewerkschaften als den ruhenden Pol in dem politischen Wirrsal bezeichnen. Durch die schon über drei Jahre andauernde Wirtschaftskrise ist neben den verschiedenen Bauberufen die Metallindustrie mit am härtesten getroffen. Daß unser Verband trotzdem den im Statut vorgesehenen Verpflichtungen im wesentlichen nachkommen konnte, ist eine Leistung, die überall, nicht nur in unseren Kollegenkreisen, hoch anerkannt wird. Es wird auch der Dortmunder Verbandstag dem Vorstand bestätigen müssen: eine bessere Verwaltung unserer Finanzen ist nicht gut denkbar.

Eine Besserung der wirtschaftlichen Lage ist vorläufig nirgends sichtbar, die Arbeitslosenzahlen werden weiter steigen, besonders in der Metallindustrie. Deshalb muß auch der nächste Verbandstag den Zeitverhältnissen entsprechend die Beiträge mit den Unterstützungen, oder umgekehrt, auf ein fortan tragbares Maß bringen. An der Invalidenunterstützung darf nicht gerüttelt werden; sie bewahrt den Verband vor der früheren Fluktuation und bildet einen ausgezeichneten Kitt. Mit den in Karlsruhe beschlossenen Beiträgen hierfür wird sie sich auch auf Jahre hinaus finanzieren lassen. Auch das Reisegeld muß die bisherige Höhe behalten; wer getipelt hat, kennt den Wert dieser Unterstützung. Eine Verminderung der Unterstützung nach den §§ 15 und 16 darf auf keinen Fall eintreten, wenn unser Verband seinen guten Namen behalten will. Diese Unterstützung ist schon jahrelang zu niedrig. Vor der Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung war der Grundsatz der Organisation gewahrt: Das streikende oder gemäßregelte Mitglied soll auf alle Fälle besser in der Unterstützung gestellt sein als das arbeitslose. Jetzt, da bei Streiks die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung gesperrt ist, erhält es aber weniger als das arbeitslose, falls letzteres noch vollberechtigt ist. Wenn auch ein Teil der Verwaltungsstellen in solchen Fällen Zuschüsse aus lokalen Mitteln gewähren, soweit solche vorhanden sind, so ist das doch kein Ausweg. Man kennt nur die im Verbandsstatut festgelegte Streik- und Gemäßregelterunterstützung, und nur diese ist, weil im Bedarfsfalle für alle Mitglieder gültig, maßgebend.

Um unsere Mittel nicht zu schwächen für die Hauptaufgabe des Verbandes, werden wir leider um einen weiteren Abbau der Unterstützungen nach § 10 nicht herumkommen, obwohl auch diese Unterstützung indirekt ein Mittel der Erhaltung der Kampfkraft darstellt. Vielleicht wäre hier ein Höchstbetrag von 6 oder 6,60 M in der ersten Klasse (die anderen Klassen dementsprechend gestaffelt) mit einer Gesamtbezugsdauer von 13 Wochen tragbar. Die Ungerechtigkeiten gegenüber den langfristigen Erwerbslosen, die aber voll zahlen, müssen ausgeglichen werden. Eine Mehreinnahme für die Hauptkasse wäre zu erzielen durch Herabsetzung der Beitragsanteile der Verwaltungsstellen auf 15 vH für die Beitragsklassen 1, 2, 2a, 3, 3a und 4. Voraussetzung hierfür ist aber eine vorstandsseitig angeordnete Einschränkung und Vereinfachung der Schreib- und Berechnungsarbeiten in den Verwaltungsstellen, um dadurch Einsparungen an bezahlten Arbeitskräften zu erzielen.

Vielleicht hält der Vorstand überhaupt eine Reorganisation der inneren Verwaltung an Haupt und Gliedern in dieser Notzeit für angebracht. An eine wesentliche Herabsetzung der Beiträge ist nicht zu denken, mit einer Vermehrung der Beitragsklassen möge uns der Verbandstag aber verschonen, mit den vorhandenen acht Klassen können wir auch in Zukunft aus. Mit dem Grundsatz: „Beitrag gleich einem Stundenlohn“ haben wir doch in der Inflation gründlich Fiasco erlitten. Was andere Verbände tun, paßt meistens nicht auf uns. In Dortmund sind zweifellos wichtige Beschlüsse zwecks weiterer Festigung des Verbandes zu fassen. Wir sind aber überzeugt, daß sie in der Richtung gehen werden, daß der nunmehr „Einundvierzigjährige“ auch in der Zukunft der alleinige Schutz und Schirm der deutschen Metallarbeiter sein wird. A. P., Hannover.

Wohl niemand, dem es vor allen Dingen um die wirtschaftlichen Interessen des Verbandes geht, wird sich der Notwendigkeit einer eventuellen Kürzung der Erwerbslosenunterstützung des DMV verschließen. Geht es jetzt doch gerade im Hinblick auf die neue Regierung der Krantjunker und Schlotbarone darum, weniger Unterstützungsverein, aber desto mehr Kampforganisation zu sein. Durch diese neue Situation wird der Verband noch manches Nützlich zu knacken haben. Dies geht ja auch schon aus der Regierungserklärung, die eine offene Verhandlung der notwendigen Arbeitslosigkeit hervor. Diese Kämpfe können aber nicht mit leerem Kassenschrank geführt werden.

Ein Kollege führte schon aus, daß zwischen Erwerbslosen- und Krankenkassenunterstützung ein Unterschied zu machen sei, was meiner Meinung nach auch vollständig richtig ist. Handelt es sich doch bei Krankheit meist um eine Zeit von sehr beschränkter Dauer, während Erwerbslosigkeit in sehr vielen Fällen jahrelang anhalten kann. Es wäre also, ohne von besonderer Härte sprechen zu können, angebracht, bei dieser Unterstützung noch weitreichendere Kürzungen vorzunehmen, da der Kollege ja doch bald wieder in den Betrieb zurückkehrt. Vielleicht könnte man sogar so weit gehen, daß man diesen Kollegen nur Unterstützung während ihrer Wartezeit bei der Krankenkasse bewilligt.

Kollege Pydlík lehnt in Nr. 23 unserer Zeitung die Verlingerung der Anwartschaft der Ausgesteuerten ab, was bei der jetzigen Regelung, wo das neureichere besser als das alte Mitglied gestellt wäre, begrifflich ist. Hier müßte eine Verlingerung für beide Teile eintreten, denn es kann auch nicht angehen, daß das ältere Mitglied die Kassen schnüffelt. Auch in diesem Falle werden weniger Beiträge eingezahlt, so daß aus allgemeinen Mitteln noch zugezogen werden müßte. Ich höre aber schon das Geschimpfe von denen, die sich durch den Ausdruck „geschüffelt“ getroffen fühlen. Aber genau, ich bin selbst Wohlfahrtsempfänger und kann verstehen, wenn man sich eine Unterstützung sichern will. Das kann aber nicht auf Kosten der Allgemeinheit und Schwächung des Kassensfonds gehen.

Die Sache ist doch so, daß in den meisten Fällen nur solche Ausgesteuerte Vollbeiträge zahlen, um bald wieder in den Genuß der Unterstützung zu kommen, die sonstige Familienangehörige, wie Kinder usw. haben, die noch in Lohn und Brot sind. Diese stehen den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend immer noch eingestrichen gut da. Auf der anderen Seite ist aber der Kollege, der nur auf seine künftige Unterstützung angewiesen ist, kann noch in der Lage, die Vollbeiträge zu entrichten. Es wäre also auch vom Standpunkt einer eingetragenen beiderseitigen Gleichstellung unserer Mitglieder richtig, diesen Vorschlag anzunehmen.

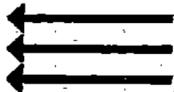
Neben diesen Vorschlägen, deren Entlassung vielleicht ja nicht sehr ins Gewicht fällt, ist natürlich, so bedauerlich das auch ist, auch eine allgemeine Kürzung der Unterstützungen notwendig. Dies wird hoffentlich auch von den betroffenen Mitgliedern richtig aufgefaßt.

Ein anderes Kapitel ist die Invalidenunterstützung, die unter allen Umständen in der jetzigen Höhe beibehalten bleiben muß. Die Frage ist nur, inwieweit auch davon die

Hauptkasse belastet wird oder ob diese Unterstützung sich selbst trägt. Hierüber kann ja der Kassierer auf dem Verbandstag Aufschluß geben. Auch hier müßte Rat geschaffen werden, selbst auf die Gefahr hin, daß die Beiträge um einige Pfennige erhöht werden müßten. Zu hoffen ist ja, daß die von uns gewählten Vertreter nach allem Für und Wider das Richtige treffen. Wird auch da um Härten für den Einzelnen, was ja bei jeder Reform der Fall ist, nicht herumzukommen sein, so sollten sich doch alle Kollegen klar darüber sein, daß jetzt tatsächlich die Stunde gekommen ist, wo über Sein oder Nichtsein der gesamten Arbeiterklasse entschieden wird. Jetzt kann es nicht mehr angehen, aus Verärgerung beiseite zu stehen. Die Erhaltung der Schlagkraft der Organisation muß oberstes Gebot sein. Die Früchte werden später geerntet. Heischröke.

FÜR DIE FREIHEIT!

Die Organisation ist in Gefahr! Die Reichstagswahl entscheidet! Wehr dich! Gib dein Freiheitsopfer!



Alle Funktionäre haben Freiheitsopfer-Marken zu 15 und 50 Pfennig

GIB! Bringe dein Freiheitsopfer! Jedes Scherflein zählt!

Filmvorstellungen für Arbeitslose

Aus Gera schreibt ein arbeitsloser Kollege: Geras Arbeitslosenzahl liegt weit über dem Reichsdurchschnitt. Über 65 vH der Metallarbeiter sind arbeitslos oder arbeiten kurz, der größte Teil seit Jahren. Erwerbslos, ausgesteuert aus der öffentlichen Fürsorge, keine Hoffnung auf Verdienst, keine Möglichkeit, die vielen Lücken im Familienhaushalt zu verstopfen! Verzweiflung greift um sich, Haß und Mißgunst auf alle, die noch beschäftigt sind. So mancher Kollege, in besseren Tagen tüchtiger gewerkschaftlicher Funktionär, droht jetzt dem Todfeinde der Arbeiterklasse zu erliegen. Alle die Geplagten bedürfen der Unterstützung, um sich wenigstens gegen den seelischen Druck zu behaupten.

Wie froh waren wir daher, uns wieder einmal mit Kollegen zusammenfinden zu können und dem dumpfen Einerlei des Arbeitslosendaseins auf einige Stunden entrückt zu sein. Die Ortsverwaltung des DMV hatte eine Filmvorstellung veranstaltet. Über 1000 Metallarbeiter folgten mit Spannung der Darstellung des Schinderhannes, das ist dem Kampf der Tannusbauern gegen ihre kirchlichen, herzoglichen und sonstigen Unterdrücker unter Führung ihres jungen, stürmischen Schinderhannes, dem als Lohn für sein mannhafes Streiten der Tod unter dem Fallbeil in Mainz wurde. Im Beiprogramm wurden zwei kleine Trickfilme der GEG vorgeführt, die den Rauchern ein verständnisvolles Schmunzeln entlockten. Der Innenhof-Film vermittelte den Kollegen einen Einblick in die segensreiche Tätigkeit der deutschen Arbeiterwohlfahrtsbewegung.

Wir arbeitslosen Metallarbeiter freuen uns, daß die Ortsverwaltung unseren Wünschen auf Wiederholung derartiger Veranstaltungen so schnell entsprochen hat. Die vier überfüllten Vorführungen mit wiederum mehr als 1000 Besuchern waren abermals ein glänzender Erfolg.

Uns Arbeitslosen wurde mit dieser Filmveranstaltung gewiß, daß uns unser Verband nicht vergißt. Vielen von uns war es schon seit Jahren unmöglich gewesen, kulturelle Veranstaltungen, Theater und Kinos zu besuchen. Der hohe Wert derartiger Veranstaltungen liegt darin, das Abgleiten in geistige und seelische Stumpfheit der arbeitslosen Mitglieder zu verhindern. Fürwahr eine Aufgabe, des Metallarbeiter-Verbandes würdig. A. Sch.

Folgt unserem Beispiel

Aus Hannover schreibt eine Kollegin: Im Betrieb machen wir immer wieder die bittere Erfahrung, daß man uns durch zunehmende Unterbezahlung als Lohndrücker mißbraucht. Jede Kollegin muß einsehen, daß wir nur durch außerordentlich eifrige Werbearbeit für unseren Metallarbeiter-Verband die Lohnverhältnisse verbessern können. Das tut besonders jetzt not, wo die Sozialreaktion sich anschiekt, die gewerkschaftlichen Erwerbslosen zu vernichten.

Der Verband ist bestrebt, durch Schulung fähiger Kolleginnen auf seiner Wirtschaftsschule in Dürrenberg sie für die Werbung weiblicher Mitglieder zu befähigen. Kolleginnen, die von der Verwaltungsstelle als geeignet erachtet werden, können das erlernen, was für ihre aktive Betätigung in der Organisation notwendig ist.

Im vergangenen Jahr hat unsere Verwaltungsstelle vier Kolleginnen die Möglichkeit geboten, wirtschaftliche und gewerkschaftliche Kenntnisse zu erwerben. Von der Schule in den Betrieb zurückgekehrt, haben wir es als unsere wichtigste Aufgabe angesehen, die Agitation unter den Frauen zu fördern. Wurde doch in Dürrenberg unsere Erkenntnis von der Notwendigkeit der Arbeiterbewegung vertieft und gefestigt. Auch daß die proletarischen Frauen nur als solidarische Mitkämpferinnen ihre Gleichstellung durchsetzen können, wurde uns erst recht bewußt. Wir haben ferner eingesehen, daß alle Erkenntnisse und alles Wissen totes Stückgut bleiben muß, wenn wir Frauen nicht durchdringen sind vom Willen zur aktiven Verbandsarbeit. Daher nehmen wir, von unserer Geschäftsführung unterstützt, die Bildung unserer gewerkschaftlichen Frauengruppe in Angriff.

Gesäß den Richtlinien des Vorstandes wählten wir unsere Agitationskommission, führten im Laufe der Zeit Arbeitsgemeinschaften durch und veranstalteten Frauenabende. Wir haben beschlossen, durch Veranstaltungen unter den Frauen zu werben. In unserer Frauengruppe erwächst jeder Kollegin ein neues Arbeitsfeld.

Alle im Betrieb gesammelten Erfahrungen müssen in den Frauenveranstaltungen ausgetauscht und dort neue Mittel der Agitation erproben werden. Unsere Frauengruppen wollen den Verwaltungsstellen in ihrer Werbearbeit helfend zur Seite stehen. Auf diese Weise werden wir immer mehr mit unserer Organisation verwachsen und immer wirksamer für unseren Verband schaffen können.

Unerschütterlich ist die Heranbildung tüchtiger Funktionärinnen. Dieser Zweck dient der diesjährige Frauenkurs in der Verbandsschule, der im Juni stattfindet. Mögen überall unsere Kolleginnen die gewerkschaftliche Frauenarbeit unterstützen. Wir werden alle Gefahren überwinden trotz aller Not, wenn das Verhältnis zwischen Kolleginnen und Kollegen von Kameradschaftlichkeit und Achtung durchdrungen ist. Clara F.-r., Hannover.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 26. Juni, ist der 27. Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. Juni bis 2. Juli 1932 fällig.

An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben, müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stundung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § 5 Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmittglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr die erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Nachrichten aus den Verwaltungen

Bocholt, Marktedwitz, Nowawes, Lokalgeschenk wird nicht mehr gezahlt.

Emil Scheck Jubilar

Fünfundzwanzig Jahre ist Emil Scheck, Stuttgart, als Angestellter für unseren Verband tätig. Bevor er zum „preussischen Kommissar“ kam, hatte er sich schon um die Arbeiterbewegung und besonders für unseren Verband verdient gemacht. Seine Walzeführte ihn nach dem Süden Deutschlands, wo er seine Lebensgefährtin kennenlernte. In seiner Vaterstadt Berlin fand er als guter Dreher Arbeit, die er aber, da er gewerkschaftlicher und politischer Vertrauensmann war, stets wieder verlor. Die gewerkschaftliche Tätigkeit war nicht ganz ungefährlich. Die behördliche „Fürsorge“ hatte Kollege Scheck des öfters erfahren. Ob als Werkstatt-Vertrauensmann, Agitationsleiter oder Mitglied der Berliner Ortsverwaltung, deren Kassenrevisor er jahrelang war, immer war Emil Scheck erster Mann an der Spitze. Mancher Streik hatte er geführt, und in der Streikkommission wurden seine Ratschläge immer beachtet. Bei Verhandlungen mit den bestreikten Unternehmern, obwohl er damals noch im Betrieb stand, ist er — wie sich ein Metallindustrieller äußerte — „sehr aufgefallen“. Die „Kühnemannner“ von Berlin wollten ihn unschädlich machen, darum sagten sie oftmals: „Sie sind doch ein tüchtiger Dreher, sie müssen Meister werden. Solche Männer wie Sie brauchen wir.“ Aber Emil „blieb bei der Stange“.

Am 1. Juni 1907 begann Emil Scheck seine Tätigkeit in unserem Vorstandsbüro in Stuttgart und wurde der sogenannte „Siegelbewahrer des Vorstandes“, das heißt er bekam eine Vertrauensstellung als Verwalter unserer damaligen kleinen Registratur. Im Jahre 1909 wurde er zum zweiten Bezirksleiter für den damaligen 9. Bezirk gewählt. Damit hatte er ein seinen Fähigkeiten entsprechendes Arbeitsgebiet gefunden. Unermüdlich ist er seither für unseren Verband, für die freien Gewerkschaften und die politische und soziale Arbeiterbewegung erfolgreich tätig gewesen. Er blieb ein lebenswürdiger, hilfsbereiter und bescheidener Kollege. Immer verstand er es, zur rechten Stunde das Richtige und Notwendige zu sagen, oftmals in sehr drastischer Art, damit kein Zweifel erst aufkommen konnte. Der Jubilar steht im 61. Jahre und erfreut sich körperlicher und geistiger Frische. Daß es so noch recht lange für ihn bleiben möge, sei unser aufrichtiger Wunsch an seinem Ehrentage. O. H.

Schriftenschau

Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen (15.) Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten am 13. April 1932 zu Berlin. 110 Seiten. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1932. Preis geb. 2,40 M, kart. 1,80 M, Organisationspreis 1,80 bzw. 1,35 M. Der Kongreß, aus schnellem Entschluß auf Grund der Forderungen der Stunde einberufen, war bestimmt, durch die Verkündung des Rufes nach Arbeitsbeschaffung einem dringenden Gebot des Tages und der nächsten Zukunft zu genügen. Die Niederschrift seiner Beratungen enthält die scharfe Kennzeichnung der allgemeinen Lage und der Stellung der Gewerkschaften.

So muß der Zuckerkranke leben! Ärztliche Ratschläge für die Lebensweise des Diabetikers. Mit Diätanweisungen nach modernen Grundsätzen. Von Dr. med. H. Malten, leitender Arzt der Anstalt für Nerven- und Stoffwechselkranke in Baden-Baden. Mit Bildern. Süddeutsches Verlagshaus GmbH, Stuttgart. Preis 1,80 M.

IG Deutschland von Helmut Wickel. Bücherkreis GmbH, Berlin SW 61. Preis 4,30 M. Der Verfasser schildert die Entwicklung der chemischen Industrie zu dem mächtigen IG Farben-Trust, der einen Staat im Staate darstellt. Dieser Farbentrust ist Weltmacht von starker politischer Bedeutung. In der jetzigen reaktionären Reichsregierung sitzt ein Mann des IG Farben-Trusts. Der Roman nimmt seinen Ausgang vom weltberühmten Leunawerk. Das Buch ist besonders in der Gegenwart sehr wichtig.

Ziviler Luftschutz. Ein Buch für das deutsche Volk von Richard Roskoten. Preis 80 Pf. Industrie-Verlag, Düsseldorf. Mit einem Geleitwort von Heinrich Paetsch, Berlin, vom Polizei-Institut für Technik und Verkehr. Mit 33 Abbildungen. Der Verfasser führt uns in die Organisation des zivilen Luftschutzes ein, der jetzt in Deutschland von den Behörden eingerichtet wird.

Fundstellen arbeitsgerichtlicher Entscheidungen. Herausgegeben von Dr. W. Mansfeld. Zweite Auflage nach dem Stand vom 1. Januar 1932. In dieser Ausgabe sind sämtliche bisher veröffentlichten 1800 Reichsarbeitsgerichts-Entscheidungen mit Datum, Geschäftsnummer und Hauptinhalt angeführt und mit rund 5000 Fundstellen nachgewiesen. Preis des 300 Seiten starken Bandes 8 M.

Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise. Von Helene Beyer. Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre Silvio Gesells. Preis geheftet 40 Pf. Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin. Die Schrift bringt eine sorgfältige und sachliche Untersuchung der verschiedenen Geldreformlehren und gibt die Möglichkeit, die vielen jetzt schwebenden Finanzprojekte kritisch zu untersuchen.

Schlank und gesund. Ein natürlicher Weg zur Beseitigung des heutigen Kultursiechturns (Arterienverkalkung, Bluthochdruck, chronische Verstopfung und Krebs) von Lisa Mar und Dr. med. Friedrich Wolf. Preis 1,10 M. Süddeutsches Verlagshaus GmbH, Stuttgart.

Mit 40 Jahren immer jünger werden. Die natürlichen Verjüngungsmittel für Mann und Frau. Von Lisa Mar, Fritz Bahro und Dr. med. H. Balzli. Preis 1,10 M. Süddeutsches Verlagshaus GmbH, Stuttgart.

Sitzung des Erweiterten Beirats

Stattegefunden am 8. und 9. Juni in Berlin

Der Erweiterte Beirat unseres Verbandes befaßte sich mit den Anträgen zum Verbandstag und der wirtschaftlichen und politischen Lage. In seiner Eröffnungsrede verwies der Vorsitzende Reichel auf die durch den Regierungswechsel geschaffene Lage und zitierte Ausführungen der Bergwerkszeitung, die erkennen lassen, was die Gewerkschaften in nächster Zeit zu gewärtigen haben. Um so notwendiger sei die Stärkung der Finanzkraft des Verbandes, um die zu erwartenden Angriffe abwehren zu können. Diesem Zweck diene auch hauptsächlich die Tagung des Beirats. Die

Frage der Verbandsfinanzen

behandelt der Hauptkassierer Schott: Der Vorstand hat dem Beirat eine Vorlage unterbreitet, die eine Angleichung der Erwerbslosenunterstützung an die Finanzlage des Verbandes vorsieht (siehe dazu auch die Anträge zu Punkt 4 der Tagesordnung in dieser und der vorigen Nummer der MZ). Die Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung in den letzten Jahren haben die Verbandskasse stark belastet. Die vom Vorstand vorgeschlagenen Maßnahmen sollen die notwendige Entlastung bringen. Der Verband muß sich darauf einstellen, daß die beabsichtigte Zerschlagung des Tarifrechts und die Pläne der Unternehmer Kämpfe schwerster Art nach sich ziehen können, so daß auch vordringlich die Mittel für die Streikunterstützung gesichert werden müssen. Die vorgeschlagene Staffelung der Erwerbslosenunterstützung muß zwangsläufig eine Änderung der Reise- und Umzugsunterstützung zur Folge haben, da diese Unterstützungsarten mit der Erwerbslosenunterstützung gegenseitig aufgerechnet werden.

Die von vielen Mitgliedern, fährt Kollege Schott fort, geforderte Herabsetzung der Beiträge wäre kein Kunststück, doch müßte diese zwingend auch eine Herabsetzung der Unterstützungen zur Folge haben. Um diese Herabsetzung nach Tunlichkeit zu vermeiden, hat der Vorstand nur die Einschränkungen vorgeschlagen, die im alleräußersten Fall unerlässlich sind. Die Vorschläge sind jedoch auf dem jetzigen Beitragssystem aufgebaut.

Dem Beitragswesen schenkt der Vorstand die denkbar größte Aufmerksamkeit, und er verkennt keineswegs die Notlage, in der sich viele Mitglieder befinden. Der Vorstand weiß auch die Opferwilligkeit der Mitglieder, die sich vielfach den Beitrag vom Mund abdarben, wohl zu schätzen. Die Mitglieder, die ihren jetzigen Beitrag nicht mehr aufbringen können, sind im Einvernehmen mit ihrer Ortsverwaltung berechtigt, in eine niedrigere Beitragsklasse überzutreten. Daß damit auch die Unterstützungen der niedrigeren Klasse in Kraft treten, ist unvermeidlich. Der Verbandstag könnte bei einer allgemeinen Herabsetzung der Beiträge keinen anderen Beschluß fassen.

Der in der letzten Beiratssitzung gefaßte Beschluß einer Verlängerung der Rückrechnungsfrist von 72 auf 92 Wochen beim Wiederbezug von Erwerbslosenunterstützung nach erfolgter Aussteuerung müsse bestehen bleiben, denn der Verband sei nicht mehr in der Lage, die Leistungen des einzelnen Mitgliedes weit übersteigenden Ausgaben beim wiederholten Bezug von Unterstützung zu decken.

Die Invalidenunterstützung beziehenden Mitglieder sollen künftig beim Bezug von Unterstützungen der ersten Klasse 100 Pf., der zweiten Klasse 75 Pf., der dritten Klasse 50 Pf. Beitrag zahlen. Dieser Beschluß bedeutet zwar eine Belastung der in Frage kommenden Mitglieder, ist aber nicht als Härte anzusehen, denn man muß beachten, daß diese Mitglieder bis an ihr Lebensende die Invalidenunterstützung beziehen und daß auch andere Bezieher von Unterstützungen Vollbeiträge leisten müssen.

Die zu treffenden Notmaßnahmen treffen nicht die Mitglieder allein. Der Vorstand hat bereits alles Erdenkliche getan, um die Verwaltungskosten herabzumindern, und er wird dem Verbandstag weitere Vorschläge unterbreiten. Die Gehälter sollen weiter gekürzt werden. Die Unterrichtskurse und andere Veranstaltungen des Verbandes werden eingeschränkt, und durch diese sowie andere Maßnahmen hofft der Vorstand die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden und Rüstzeug für die drohenden Kämpfe mit den Unternehmern zu schaffen.

Die Aussprache

ergab im großen und ganzen fast völlige Einmütigkeit des Beirats mit den Anträgen und Vorschlägen des Vorstandes. Von einigen Rednern wurde bezweifelt, daß die beabsichtigte Kürzung der Erwerbslosenunterstützung genüge, um allen Anforderungen zu entsprechen. Es wird ein größerer Abbau der Unterstützungen und die Beseitigung der Notlageunterstützung vorgeschlagen, die von manchen als eine Verlängerung der Erwerbslosenunterstützung betrachtet wird. Einige Redner wenden sich gegen die verlängerte Karenzzeit und haben Bedenken wegen des geplanten Beitrags für Invalidenunterstützungsempfänger.

Zur Sprache kommt außerdem die Notwendigkeit einer Stärkung der Lokalkassen, einer Herabsetzung der Beiträge, einer Übergangsregelung für Mitglieder, die notgedrungen in eine niedrigere Beitragsklasse gingen und wieder in die höhere Klasse aufrücken wollten, die Wiedereinführung der „schwarzen“ Beitragsmarken, die Verlängerung der Wartezeit für den Unterstützungsbezug Neubeitretener sowie eine Kürzung der Unterstützungen nach § 12 des Statuts. Der vom Vorstand angeregte Sonderbeitrag der Erwerbslosen und 3b-Mitglieder wird als nicht überall durchführbar bezeichnet.

In seinem Schlußwort betont Hauptkassierer Schott, daß bei der komplizierten Materie keine Vorlage eingebracht werden konnte, die allen gerecht werden kann. Er freut sich, soweit die große Linie in Betracht kommt, über die Einmütigkeit. Die Einzelwünsche wird der Vorstand sorgfältig prüfen. Um den Lokalkassen zu helfen, sollen diese künftig von den Grundbeiträgen der 3b-Sonderklasse statt 4 Pf. 8 Pf. behalten können. Die Notlageunterstützung muß — gerade in dieser Notzeit — beibehalten werden. Die Karenzzeit von 92 Wochen für den erneuten Bezug von Unterstützung muß bleiben; jede Leistung setzt eine Gegenleistung voraus, kein Mitglied kann unter den gegenwärtigen, die Kassen des Verbandes so erheblich in Anspruch nehmenden Verhältnissen etwas anderes verlangen. Die Mitgliedschaft wird begreifen, daß die durch die langandauernde Krise notwendigen Maßnahmen unumgänglich sind. Der Verbandstag sollte dem Vorstand Vollmacht geben, bei einer Besserung der Wirtschaftslage die jetzt vorgeschlagenen Einschränkungen wieder aufheben zu können. Das Rüstzeug, das in jahrzehntelanger Entwicklung geschaffen wurde, muß aufrechterhalten bleiben.

Der Beirat stimmt der Vorlage des Vorstandes zu den §§ 8, 9, 10 und 11 des Statuts zu. Das gleiche geschieht mit den Vorschlägen des Vorstandes zu den übrigen Paragraphen des Statuts. Da alle diese Vorschläge in Form von Anträgen zwischen den übrigen Anträgen in dieser und der vorigen Nummer der MZ aufgeführt sind, ist eine Sonderaufführung an dieser Stelle nicht mehr notwendig.

Die wirtschaftlichen, politischen und sozialpolitischen Folgen des Adelskabinetts

Diesen Punkt der Tagesordnung leitet der Verbandsvorsitzende Brandes mit folgenden Ausführungen ein: Die Auswirkungen des Krieges haben ihren Höhepunkt erreicht; das Gefüge der Weltwirtschaft ist total erschüttert; das Gebäude der kapitalistischen Gesellschaft kracht in allen Fugen. Alles schreit nach einer Änderung im Sinne der sozialistischen Planwirtschaft. In dieser Zeit schwingt sich der Feudaladel, die

Schwerindustrie wieder zur bestimmenden Macht auf, das heißt jene Schichten, die mit den größtenteils sinnlosen Hohenzollern die Verantwortung für den Krieg und für die zusammengebrochene Wirtschaft tragen. Diese Kaste stützt sich bei ihrer Machtergreifung auf die Hakenkreuzbewegung, die das Kleinbürgertum in Bewegung brachte, so daß sie steigende Stimmenzahl bei den Wahlen aufweisen konnte. Die Regierungserklärung, mit der sich das Adelskabinett dem deutschen Volke vorstellt, ist ein Schlag ins Gesicht der Demokratie, eine Kriegserklärung an das ganze werktätige Volk und ganz besonders an dessen Vortrupp, die organisierte Arbeiterschaft. Um die Sonderinteressen der ostelbischen Junker und der westdeutschen Schwerindustriellen rücksichtslos durchzuführen zu können, ihre durch Unfähigkeit verschuldeten Güter und Betriebe auf Kosten der Allgemeinheit erneut zu sanieren und dieser Gesellschaft trotz aller Not des Volkes wiederum die Taschen zu füllen, sollen die politischen Grundrechte des Volkes sowie die Grundlagen des sozialen Rechts und der Sozialversicherung zerschlagen werden. Der Staat soll nicht mehr zugunsten der wirtschaftlich Schwachen eingreifen, er soll ausschließlich

wieder reine Versorgungsanstalt jener Herrenschaft sein, die das deutsche Volk in Verzweiflung und Elend gestürzt hat.

Mit welchen Mitteln die neue Regierung zu arbeiten beabsichtigt, läßt ihr Programm klar erkennen. Wir wissen, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und ihre Errungenschaften besonders getroffen werden sollen. Darauf stellen wir uns ein. Der lähmende Druck der Tolerierungspolitik ist aufgehoben, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft wieder völlig frei in den nun mit aller Heftigkeit entbrennenden Kämpfen, in denen es zu entscheiden gilt, ob das deutsche Volk in demokratischer Freiheit seinen Wiederaufstieg betreiben oder ob es in das durch den Krieg und die kapitalistische Wirtschaft verursachte Massenelend noch weiter heruntergedrückt werden und dazu auch noch die Peitschenhiebe einer Diktatur ertragen soll. In diesen Kämpfen wird ferner entschieden, ob die Arbeiterschaft ihrer sozialen Errungenschaften, die sie in jahrzehntelangen mühe- und opferreichen Kämpfen erreicht hat, beraubt werden soll.

In diesen Kämpfen, die wir in innigster Verbundenheit mit der treu zur Arbeiterschaft stehenden politischen Vertretung des werktätigen Volkes, der Sozialdemokratischen Partei, führen, werden auch die denkenden Arbeiter der KPD mit uns marschieren, die sich nach einer wirklichen Einheitsfront sehnen und müde der ewigen Hetze und Zerfleischung sind, die auf Geheiß Moskaus die Arbeiterklasse schwächt und schädigt. Durch diese Schwächung sind der Sozialreaktion in Deutschland die Wege freigemacht.

Die Gewerkschaften sind auch in dieser Zeit eine Macht, die zu respektieren ist. Wir setzen sie ein, wo das Unternehmertum zu unverschämten Maßnahmen gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen greift; wir setzen sie ferner ein in der politischen Abrechnung, die am 31. Juli erfolgen soll. Alle unsere Funktionäre müssen an die Front; sie müssen muster- und beispielgebend für unsere Mitglieder, für alle Metallarbeiter wie für die Arbeiterschaft überhaupt sein. Geißeln wir in den bevorstehenden Kämpfen das kapitalistische System, beweisen wir, daß es die Ursache der Ausbeutung, der Not und des Elends ist, zeigen wir den Massen, daß das Ringen der Sozialreaktion, deren Träger die jetzige Regierung und deren Helfer die Hakenkreuzler sind, den Niedergang des kapitalistischen Systems beweist!

So muß und wird der bevorstehende Wahlkampf für den Deutschen Reichstag zu einem vernichtenden Urteil über diese Regierung, über die Sozialreaktion und über das kapitalistische Wirtschaftssystem werden, damit zugleich aber auch der Beginn des Wiederaufstiegs der vorwärtstrebenden Arbeiterklasse. (Beifall.)

Es wird sodann in die Aussprache über diesen Punkt eingetreten. Als erster Redner spricht

Kummer (Berlin): Wenn man nicht das entsetzliche Leid der Arbeiterklasse miterlebte und mitleidte, wenn einem nicht die furchtbare Drangsal der Erwerbslosen an der Seele packte — man müßte sich als Sozialist über die Entwicklung des Kapitalismus freuen. Denn er bebte in seiner Grundlage, am meisten in Amerika und Deutschland, den zwei industriellsten Staaten. Für die kapitalistische Tragödie findet man in der ganzen Geschichte, vom Untergang des alten Rom bis zu der großen chinesischen Umwälzung vom Jahre 1911, kein annäherndes Beispiel, aber auch kein Beispiel für einen solchen Schwachsinn der herrschenden Schicht.

Brüning hatte die Aufgabe, den Kapitalismus über seinen Dalles hinwegzubringen und dabei seine Ablöser, die Gewerkschaften, zu schwächen. Das ist nicht gegangen, aber er, der Kanzler, ist gegangen worden. Immerhin aber hat er vollbracht, die Mittelparteien völlig zu zerreiben und seine Partei, das Zentrum, aus seiner einträglichen Schlüsselstellung zu bringen. Nun glaubt die Oberschicht des Kapitalismus die Verhältnisse reif genug, selbst zu regieren. Wenn ein so schwieriges Geschäft von so plumpen Händen besorgt wird, muß das Unheil noch größer werden.

Der innere Streit ist durch das Erscheinen des Adelskabinetts erst auf die höchste Spitze getrieben, die politische Spannung noch verschärft, das Ausland noch mißtrauischer gemacht worden. Und angesichts alles dessen will diese Regierung dem Volk Heil und Segen bringen! Ausschlaggebend ist die Wirtschaft, die Quelle des Lebens des Volkes und des Staates. Diese Quelle wird durch das Adelskabinett bis zum völligen Versiegen gedrosselt. So wird nach menschlichem Ermessen diese Regierung nur ein Zwischenspiel sein, wenn auch ein sehr übles.

Wenn je, so ist jetzt die große Stunde der sozialistischen Arbeiterschaft da. Ihr wird die Erfüllung ihrer Mission jetzt leichter sein, denn sie ist endlich die Fessel der Tolerierungspolitik los. Sie kann jetzt wieder ganz sich selbst sein. Sie vermag fortan wieder ihre ganze Zugkraft zu entfalten. Die Verzweiflung schauen aus nach einem Weg aus dem fürchterlichen Engpaß, nach einem Zeichen, dem sie vertrauensvoll folgen können. Darum

das Feldzeichen hoch, ganz hoch!
Millionen suchen danach. Millionen werden ihm folgen. Und wir, die Gewerkschaften und der Metallarbeiter-Verband, heben unsere Kräfte zusammen zu fassen, zu entfalten. Dieser Notwendigkeit hat unser ganzes Streben zu gelten. Und unsere jetzige Beratung hat ja in erster Linie dieser Notwendigkeit gegolten.

Heide (München) spricht über die Stellung Bayerns zu den Vorgängen in Berlin und verweist auf die Erklärungen der Bayerischen Volkspartei zum Regierungswechsel und zu den Plänen über die Einsetzung eines Staatskommissars, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. An eine Einheitsfront mit der KPD glaubt der Redner nicht.

Wernthaler (Augsburg) schildert einige Episoden zur Kennzeichnung der Haltung des Zentrums in Bayern, die erkennen lassen, daß mit einer Linksschwenkung dieser Partei nicht gerechnet werden kann, trotz der Rücksichten, die das Zentrum auf seine Arbeiterwähler nehmen muß. Dieser und der folgende Redner Klein (Siegburg) fordern ein Flugblatt an die ganze Arbeiterschaft.

Urich (Berlin) glaubt, daß die Offizierskamarilla ihre Pläne mit Waffengewalt durchführen wird. Wir müßten nach der Be-

Anträge zum Verbandstag in Dortmund

(Fortsetzung von Seite 152)

Kubitz, Elsterwerda. In der dritten Zeile nach dem Wort „sind“ anfügen: Eine kommissarische Einsetzung von Funktionären an Stelle der Gewählten ist unzulässig.

Schäde, Berlin. In der fünften Zeile hinter dem Wort „angehören“ einschalten: „soweit sie nicht als Bevollmächtigte oder Kassierer fungieren, einen Beruf im Metallgewerbe ausüben“.

§ 33 Abs. 3

Meißen u. Wilhelmshaven-Rüstringen; Meutzner, Dresden. Als siebente Zeile und folgende anfügen: Verwaltungsstellen mit über 3000 Mitgliedern, in denen das Vertretersystem eingeführt ist, sind verpflichtet, ortsstatutarische Bestimmungen zu treffen, nach denen eine entsprechende Vertretung der Erwerbslosen im Vertreterkörper gesichert ist.

Velbert, sinngemäß auch Zwickau sowie Herrmannsdörfer u. Landgraf, Nürnberg. In der sechsten Zeile anfügen: Dieselbe Vertretung unter gleichen Bedingungen erhalten die Erwerbslosen, wenn die Erwerbslosigkeit innerhalb der Verwaltungsstelle 20 vH und mehr der Mitgliedschaft erreicht.

Braunschweig. In der dritten Zeile vor „hinzu“ einschalten: „sowie eine Vertretung der erwerbslosen Frauen und der Jugendlichen“.

A. Lieberasch, Leipzig. In allen Ortsverwaltungen werden von den Erwerbslosen Vertreter zu einem Erwerbslosenausschuß gewählt. Dieser Ausschuß erhält in der Ortsverwaltung Sitz und Stimme, damit bei allen Fragen die Verbindung zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen gegeben ist.

Zu den in Abs. 5 festgelegten Vertreterversammlungen werden den erwerbslosen Mitgliedern soviel Vertreter zugestanden, als dem Verhältnis der Erwerbslosen zu den Betriebsarbeitern der betreffenden Verwaltungsstelle entspricht. Für ausscheidende Erwerbslosenvertreter muß Ersatz nachgewählt werden.

§ 33 Abs. 4

Fischer, Kaiserslautern. Unter Buchstabe g einfügen: Festsetzung der Gehälter der örtlichen Angestellten. Der jetzige Buchstabe g wird h.

§ 33 Abs. 5

Barmen. In der sechsten Zeile das Wort „müssen“ durch „können“ ersetzen.

Hamburg. Zwischen zweiten und dritten Satz einfügen: „Die Amtsdauer der Vertreterversammlung beträgt zwei Jahre.“

Wilhelmshaven-Rüstringen. In der sechsten Zeile hinter dem Wort „einführen“ fortfahren: sofern nicht der Vorstand auf Antrag der Verwaltung eine Abweichung von dieser Bestimmung zuläßt.

Büter, Köln. Anfügen: In sämtlichen Ortsverwaltungen muß darauf hingearbeitet werden, daß die Vertreterversammlungen zugunsten der allgemeinen Mitgliederversammlungen verschwinden.

Schneider, Bremen; Christokat, Fahrenberg u. Gen. und Hellmann, Essen. Absatz 5 streichen.

Braunschweig. Dem § 33 wird ein neuer Absatz 16 hinzugefügt: Über Anstellung und Entlassung der örtlichen Verbandsangestellten entscheidet nur die Mitglieder- oder Vertreterversammlung.

§ 35

Sommer u. Gen., Harburg. Zur Wahrung der demokratischen Rechte der Mitgliedschaft ist der vorläufige Beschluß des Vorstandes, die Wahl der Verbandsdelegierten nicht in Urwahl, sondern in Vertreterversammlungen vorzunehmen, abzulehnen. Sollte sich nach „Prüfung der Rechtslage“ für den erwähnten Beschluß eine Rechtmäßigkeit aus dem Statut ergeben, so ist das Statut so zu ändern, daß sich eine Rechtmäßigkeit für einen solchen Beschluß nicht mehr ergibt.

§ 35 Abs. 2

Hamburg. Der erste Satz in Ziffer 2 erhält folgende Fassung: Der Verbandstag wird durch Abgeordnete gebildet, die in selbständigen Wahlabteilungen durch die Vertreterversammlungen und in zusammengelegten Wahlabteilungen durch die Mitglieder gewählt werden.

Elmshorn, ohne letzten Satz; Wolfenbüttel; sinngemäß auch Schmidt u. Gen., Gevelsberg; den letzten Satz Pößneck. Im § 35 wird dem Absatz 2 folgender Zusatz angegliedert: Als Delegierte zum Verbandstag des DMV sind nur betriebsstättige oder erwerbslose Mitglieder zu wählen. Angestellte des Verbandes sind nicht als Delegierte wählbar.

W. Freitag, Velbert. § 35 Abs. 2 erhält als zweiten Satz folgende Bestimmung: Die Wahl der Abgeordneten in Vertreterversammlungen ist zulässig, wenn die Vertreterversammlung durch Verhältniswahl gewählt ist und die Vertreterversammlung die Wahl der Abgeordneten mit Zweidrittel-Mehrheit beschließt.

§ 35 Abs. 3

Fuchs u. Gen., Kaiserslautern. Im Absatz 3 ist die Zahl „3000“ durch „2000“ zu ersetzen.

§ 37

Herfuth, Braunschweig. Dem Abs. f hinzufügen: Die Gehälter der Angestellten der Verwaltungsstellen werden durch die Mitglieder- oder Vertreterversammlung festgesetzt. Bei Festsetzung der Gehälter der Angestellten haben Verbandsangestellte nur beratende Stimme.

Fischer, Kaiserslautern. Im Absatz f hinter Gehälter fortfahren: der Vorstandsmitglieder, der Bezirksleiter und der übrigen Angestellten der Hauptverwaltung.

§ 37 f

Wilh. Schmidt, Schweinfurt. Die Gehälter der Angestellten sind nach den Grundsätzen des Karlsruher Verbandstages mit Wirkung vom 1. September 1932 wie folgt neu zu regeln:

- 1. Beitragskassierer 250—300 M
- 2. Bevollmächtigte bis zu 3000 Mitglieder 300—350 „
- 3. Bevollmächtigte von 3000—10 000 Mitglieder 350—400 „
- 4. Bevollmächtigte von über 10 000 Mitglieder 400—450 „
- 5. Vorstandssekretäre und Redakteure 500 „
- 6. Vorstandsmitglieder 550 „

Nach abgelaufener dreijähriger Dienstzeit erhält ein Angestellter das Höchstgehalt. Angestellte im Innendienst erhalten 40 M monatlich weniger.

§ 37 Abs. 3

Penig. Hinter „aufzunehmen“ fortfahren: „von denen jede Ortsverwaltung je ein Exemplar kostenlos erhält“.

§ 38 Abs. 6

Herrmannsdörfer u. Landgraf, Nürnberg. Der Verbandstag beschließt: Ortsverwaltungen und Lohnkommissionen dürfen keine Verhandlungen mit dem Unternehmer führen, bevor nicht die Mitgliedschaft des betreffenden Bereichs des Tarifgebietes dazu Stellung genommen hat. (Fortsetzung auf Seite 156)

freierung von der Last der seitherigen Tolerierungspolitik im Wahlkampf den Gedanken des Sozialismus als unser Feldzeichen in den Vordergrund stellen.

Nach Annahme des Aufrufs, der an der Spitze der vorigen Nummer der MZ veröffentlicht ist, und einem kurzen, markigen Schlußwort des Vorsitzenden Reichel wird die Beiratssitzung mit dem Gelöbnis geschlossen, im Wahlkampf einmütig und geschlossen für die Freiheit, den sozialen Fortschritt und die soziale Revolution einzutreten.

Nicht Stückzahl, sondern

Grösse und Qualität entscheiden. CLUB hat gesetzlich zulässiges Höchstgewicht und ist Deutschlands anerkannt beste 3 1/2 Pfg.-Zigarette. Der Umsatz beweist es.



Anträge zum Verbandstag in Dortmund

(Fortsetzung von Seite 155)

§ 38 Abs. 10

Suhl; Weimar. In der siebenten und achten Zeile die Worte „und wenn nicht vorher die gesetzlichen und tariflichen Schlichtungsinstanzen angerufen worden sind,“ streichen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung

a) Gehälter und Diäten

Elmhorn, Emmerich, Niesky; G. Bütter, Köln. Die Gehälter der Angestellten werden auf den Höchsttariflohn eines qualifizierten Metallarbeiters herabgesetzt.

Herrmannsdorfer u. Landgraf, Nürnberg; G. Schmidt u. Gen., Gevelsberg; F. Sommer u. Gen., Harburg. Wie Antrag 358, mit dem Zusatz: zuzüglich 10 vH für besondere Aufwendungen.

Bautzen; Pöbneck; Tambach-Dietharz; Vegesack; F. Baum, Altenburg; K. Bergmann u. Gen., Gröna; Christokat u. Gen., Essen; R. Döbel u. Gen., Jena; R. Ebel, Brandenburg; E. Fahrenberg u. Gen., Essen; A. Fleischer u. Gen., Suhl; K. Förtsch, Ruhl; A. Funk, Schmalkalden; L. Heinzenberger u. Gen., Frankfurt a. M.; Joh. Syndikus u. Gen., Dortmund; A. Schwaik u. Gen., Weissenfels. Wie Antrag 358, mit dem Zusatz: zuzüglich 20 vH für besondere Aufwendungen.

Zittau. Wie Antrag 358, mit dem Zusatz: zuzüglich 35 vH des betreffenden Tarifbezirks.

Wolfenbüttel. Wie Antrag 358, mit dem Zusatz: zuzüglich 10 bis 30 vH.

W. Lange, Berlin. Wie Antrag 358, mit dem Zusatz: zuzüglich 50 vH für besondere Aufwendungen.

Bunzlau, Delmenhorst, Dippoldiswalde, Dnaburg, Düsseldorf, Furtwangen, Halle, Kiel, Meissen, Rüstingen; A. Hacker, Bayreuth; A. Ziegler, Erlangen. Die Gehälter der Angestellten sind in ein angemessenes Verhältnis zum Einkommen der Mitglieder zu bringen.

Barmen. Die Gehaltssätze für die Angestellten sind auf der Grundlage von Breslau 1913 zu bemessen.

Braunschweig; Schölsch, Mannheim. Die Gehälter der Angestellten sind zu senken. Als Höchstsatz gilt 350 M monatlich.

Glückstadt, Schleswig. Die Gehälter der höheren Angestellten werden um 30 vH gekürzt.

Stettin. Alle Angestellten erhalten ein Gehalt in der Höhe der bestbezahlten Branche in der betreffenden Zahlstelle, zuzüglich in vom Hundert: 1. Hauptvorstand 50 vH, 2. Bezirksleiter 25 vH, 3. Bevollmächtigte 25 vH, 4. Sonstige Angestellte 20 vH, 5. Hilfsarbeiter, Stenotypistinnen usw. nach den örtlichen Tarifen.

Weimar. Die Gehälter der Angestellten des Verbandes sind auf 250 M Höchstgehalt festzusetzen. Die Gehälter sollen steigen und fallen, wie sich die Löhne der Kollegen des DMV bewegen.

Theodor Berns, Essen. Die Gehälter der Bevollmächtigten und Kassierer betragen bei einem Mitgliederbestand:

bis 3000 Mitglieder	325 M monatlich
über 3000-6000 Mitglieder	350 "
über 6000-10000 Mitglieder	375 "
über 10000 Mitglieder	400 "

Angestellte erhalten nach obigem Mitgliederbestand bei Anstellung 15 vH weniger, nach drei Jahren Anstellung Höchstsat 10 vH weniger wie angegeben. Hauskassierer erhalten nach obigem Mitgliederbestand bei Anstellung 25 vH weniger, nach fünf Jahren Anstellung Höchstsat 20 vH weniger wie angegeben. Bezirksleiter erhalten 450 M monatlich, Bezirkssekretäre 400 M monatlich, Vorstandsekretäre 500 M monatlich, Vorstand 550 M monatlich, Redakteure erhalten das Gehalt des Bezirksleiters.

Joh. Fuchs u. Gen., Kaiserslautern. Die Gehälter der Angestellten werden vom 1. 9. 32 an um 50 vH gekürzt.

Scherzinger u. Gen., Halle. Das Gehalt für die Verbandsangestellten wird errechnet aus dem Ecklohn der gelehrten Arbeiter an dem Platz, wo die betreffende Verwaltung ist, für den Hauptvorstand z. B. der Ecklohn von Berlin. Zugrunde gelegt wird eine Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche, der Monat gilt zu 4 1/2 Wochen.

Gruppe I: Hauptvorstand, Kassierer und Redakteur Ecklohn Berlin + 50 vH. 40.425 = Monatsgehalt.

Gruppe II: Bezirksleiter, Sekretäre, Abteilungsleiter beim Hauptvorstand, Bevollmächtigte und Kassierer in Verwaltungen über 10000 Mitglieder Ecklohn + 30 vH. 40.425 = Monatsgehalt.

Gruppe III: Bevollmächtigte und Kassierer unter 10000 Mitglieder, Angestellte beim Hauptvorstand Ecklohn + 20 vH. 40.425 = Monatsgehalt.

Gruppe IV: Angestellte bei den Verwaltungen und Beitragskassierer Ecklohn + 10 vH. 40.425 = Monatsgehalt.

Die Sozialbeiträge bezahlt nach wie vor der Verband.

Ferd. Gröck u. Gen., München.

a) Das Gehalt ist auf dem Grundlohn aufzusetzen. Als Grundlohn eines jeden Angestellten gilt der örtliche Durchschnittslohn der Verwaltungsstelle, in der der Angestellte tätig ist und des Betriebsleiters, aus dem der Funktionär oder Angestellte hervorgegangen ist.

b) Der Grundlohn ist beweglich. Verändert sich der Durchschnittslohn z. B. infolge eines Lohnabbaus oder Lohnrückgang, so erfährt der Grundlohn eine gleiche Senkung oder Erhöhung.

c) Innerhalb von 5 Monaten ist, wenn kein neuer Lohnabbaubaus abgezeichnet wurde, eine neue Prüfung der örtlichen

Durchschnittslöhne vorzunehmen, die der Kontrolle der erweiterten Ortsverwaltung untersteht und die dann dem Vorstand verantwortlich ist.

II. Festsetzung und Berechnung des Gehalts.

a) Bei zustehendem Stundenlohn: Durchschnitts-Stunden-Verdienst mal 210 und Zuschlag, ergibt das monatliche Gehalt.

b) Bei zustehendem Akkordlohn: Wöchentlicher Durchschnitts-Akkordverdienst mal 4,3, ergibt das monatliche Gehalt.

Gruppen.

Gruppe I: Beitragskassierer, Grundlohn und 5 vH Zuschlag.

Gruppe II: Bevollmächtigte und Kassierer in Verwaltungen bis 5000 Mitglieder und Bürobeamte in den Verwaltungen und im Hauptbüro, Grundlohn und 15 vH Zuschlag.

Gruppe III: Bezirkssekretäre, Bevollmächtigte und Kassierer in Verwaltungen mit 5000-12000 Mitgliedern, Grundlohn und 20 vH Zuschlag, mit Außendienst 25 vH Zuschlag.

Gruppe IV: Bezirkssekretäre, Bevollmächtigte und Kassierer in Verwaltungen mit über 12000 Mitgliedern und Abteilungsleiter im Hauptbüro; mit vorwiegend Bürodienst Grundlohn und 30 vH Zuschlag; mit größtenteils Außendienst Grundlohn und 35 vH Zuschlag.

Gruppe V: Vorstandsekretäre und Redakteure Grundlohn und 40 vH Zuschlag.

Gruppe VI: Beide Vorsitzende und Verbandskassierer Grundlohn und 50 vH Zuschlag.

Allgemeines.

a) Die sich ergebenden Gehälter verstehen sich als Bruttogehälter und sind wie im Betrieb den Abzügen unterworfen.

b) Sondervergütungen, außersächliche Auslagen, wie Weihnachtstratifikationen, werden nicht gewährt.

c) Die Gruppe VI bezieht das Höchstgehalt. Angestellte, die nicht aus dem Metallberuf hervorgehen (Lehrkräfte) werden entsprechend ihrer Tätigkeit von Gruppe I-5 besoldet.

Urlaub.

Es wird jährlich der berufssübliche, tarifliche Urlaub gewährt, und zwar der höchste Satz.

Doppelverdienste.

Bei der Ausübung einer öffentlichen Tätigkeit, im Auftrage des Verbandes, die entschädigt wird über die Höhe des Gehalts (z. B. ein Reichstagsmandat), welches der Funktionär oder Angestellte bezieht, ist auf das Gehalt zu verzichten. Liegt die Höhe der Entschädigung unter dem Gehalt, so wird das Gehalt entsprechend gesenkt.

R. Geller u. H. Völker, Schmalkalden. Die Gehälter für Angestellte betragen:

1. Für Zahlstellen bis 2000 Mitglieder	200 M
2. Für Zahlstellen über 2000 Mitglieder	250 "
3. Sekretäre der Bezirksleitung	250 "
4. Bezirksleiter	300 "

K. Walter u. Gen., Erfurt. Die Gehälter der Angestellten werden wie folgt festgesetzt:

Gruppe	Anfangsgehalt	Endgehalt
1	175 M	225 M
2	220 "	270 "
3	270 "	320 "
4	275 "	350 "
5	400 M	
6	500 "	

Alle Angestellten, welche nur im Innendienst beschäftigt werden, erhalten von obengenannten Sätzen 30 M pro Monat weniger.

Nach fünfjähriger Tätigkeit haben sämtliche Angestellten Anspruch auf ihr jeweiliges Endgehalt.

V. Kupfer, Schweinfurt. Die Gehälter der Verbandsangestellten werden in einem Grundgehalt von nicht weniger als 250 M und nicht höher als 400 M eingestuft. Dazu kommt ein elastischer Zuschlag von 15 vH, der in dem betreffenden Tarifgebiet einem jeweiligen Lohnab- oder Aufbau angepaßt wird.

Braunschweig. Die Gehälter der Angestellten des Verbandes sind in folgende drei Bestandteile zu zerlegen: 1. Gehaltssatz; 2. Entschädigung für Aufwendungen, welche die Ausübung des Dienstes mit sich bringt; 3. Entschädigung für die Zeit, welche über die normale Arbeitszeit aufgewendet werden muß.

Bautzen. Angestellte des DMV, die noch als Abgeordnete des Reichstages oder eines Landtages tätig sind, haben 50 vH ihres Gehaltes, das sie vom DMV beziehen, an die Hauptkasse abzutreten.

Carlsruhe. Die Gehälter der Angestellten in den Verwaltungen werden durch Mitgliederbeschlüsse geregelt.

Halle. Den Angestellten, welche als Reichs- oder Landtagsabgeordnete Diäten beziehen, werden diese Diäten bis zur Höhe eines halben Monatsgehaltes in Anrechnung gebracht.

Neustadt a. H. Die Gehälter der Verbandsangestellten, die ein Reichs- oder Landtagsmandat ausüben, sind entsprechend ihrer Dienstleistung für den Verband zu kürzen.

Karl Meier, Minden. § 37 Abs. 1: Das Gehalt des Geschäftsführers soll von den Ortsverwaltungen selbst festgesetzt werden und soll im Verhältnis mit Anfangs- und Endgehalt zu dem Tariflohn innerhalb der Verwaltung stehen.

ALLES BILLIGER!

Steinbach, Chemnitz. Die angestellten Hauskassierer und die Angestellten im Büro, außer den Geschäftsführern und ersten Kassierern, werden in eine Gehaltsstaffel eingesetzt.

F. Pfeiffer, Alfeld a. L. In der Gehaltsskala ist eine weitere Gruppe zu bilden für Bevollmächtigte in Verwaltungen unter 1000 Mitgliedern.

Neugersdorf; M. Wagner, Minden; sinngemäß auch G. Fischer u. Gen., Bielefeld. Die Gehälter der Angestellten in den Verwaltungen werden auf die Hauptkasse übernommen. Der Lokalkassenanteil für diese Verwaltungen ist niedriger.

Albert Ziegler, Erlangen. Die in unseren Hauptbüros und Verwaltungen beschäftigten weiblichen Hilfskräfte sind, soweit es möglich und sozial zulässig ist, durch erwerbslose Kollegen zu ersetzen.

Karl Büchner, Schmalkalden. Die Gehälter sämtlicher Verbandsangestellten werden endgültig und rechtverbindlich vom Verbandstag festgesetzt. Diese Beschlüsse dürfen von Ortsverwaltungen und Mitgliederversammlungen unter keinen Umständen verletzt werden. Nur der Vorstand unter Hinzuziehung des Erweiterten Beirats haben die Befugnis, unter zwingenden Verhältnissen Änderungen vorzunehmen.

Dippoldiswalde. Die Diäten werden um 30 vH gekürzt.

Glückstadt. Die Tagegelder zu Verbandstagen und Bezirkskonferenzen werden um 50 vH herabgesetzt.

Emmerich; G. Bütter, Köln. Die Versicherungsbeiträge der Angestellten sind von diesen selbst zu bezahlen.

W. Schmidt, Schweinfurt. Von den Einnahmen der Hauptkasse sind ab 1. 9. 1932 zwei vom Tausend an die Unterstützungskasse abzuliefern.

Dippoldiswalde. Die Ferien für alle Angestellten betragen 21 Tage.

b) Sonstige Anträge

Dresden. Der Verbandstag wolle den Vorstand beauftragen, für die im Besitz von Automobilscheinern befindlichen Mitglieder eine ähnliche Haftpflichtversicherung einzuführen, wie sie der Verkehrsverband in der Fakultät besitzt.

Fr. Morawetz, Groß-Ottersleben. Die örtlichen Verwaltungen sollen den Mitgliedern Gelegenheit geben, die internationale Sprache Esperanto zu erlernen. Die Metallarbeiter-Zeitung soll mit Rücksicht auf die Einzelmitglieder und zur Unterstützung der allgemeinen Schulungsarbeit einen kurzen Esperanto-Kurs veröffentlichen.

Hornberg. Der anlässlich des Streiks bei Schiele & Bruchsaler 1931 entstandene Zuschuß an die Lokalkasse in Höhe des heute noch bestehenden Betrages von 900 M (Neunhundert) ist zu streichen.

Danzig. Der 20. ordentliche Verbandstag in Dortmund möge beschließen, den 21. Verbandstag nach Danzig zu legen.

Stettin. Der nächste Verbandstag findet in Stettin statt.

Eigene Baumwoll-Spinnerei

 Spinnereien / Webereien / Ausrüstung / Versand
 (4000 Arbeiter und Angestellte.)
Jetzt
grosse Fabrikreste
 und sonstige gerückte Stoffe
 nach Gewicht
 Nr. 1 Weisse Stoffe, große Stücke, per Pfund ... 95 Pfg.
 Nr. 2 Ungablichte Tücher, große Stücke, per Pfund ... 90 Pfg.
 Nr. 3 Hemdenflanellen, große Stücke, per Pfund ... 98 Pfg.
 Nr. 4 Stoffe für Schürzen, Kleider und sonstige Wäschestoffe, große Stücke, per Pfund ... 125 Pfg.
 Abgabe von jeder Nummer 3 Pfund oder 6 Pfund oder 10 Pfund.
 Nr. 5 Weisse Hemdenfläch, 80 cm breit, befeuchtet, gute, mittelpreislige, dichtgewebte, trügliche Qualität. Diese vorzügliche Sorte ist ohne weitere Bearbeitung, weshalb diese in der Wäsche fast leichter und dicker wird. Monatspreis pro Meter ... 27 Pfg.
 Abgabe hiervon bis 100 Meter an einem Stück.
 Keine Garantie: Kauf nach sofortiger Besichtigung jeder Ware an meine Kosten und sofortige Rückzahlung bei allen ungeliebten Beträgen.
 Versand erfolgt per Nachnahme von RM. 10.- an; ab RM. 20.- portofreie Lieferung.
Josef Witt, Weiden 84 (Ost.)
 Bestellt Schwarz-Österrückenschwand der Witt in Europa mit eigenen Spinnereien, mit eigenen Webereien und eigenen Webereibetrieben.

100x BLOX-ULTRA-ZAHNPASTA=50 Pfg.
 Bei einer kleinen Tube zu 50 Pfg. können Sie mehr als 100x Ihre Zähne putzen, weil BLOX-ULTRA hochkonzentriert ist und sich hart wird.